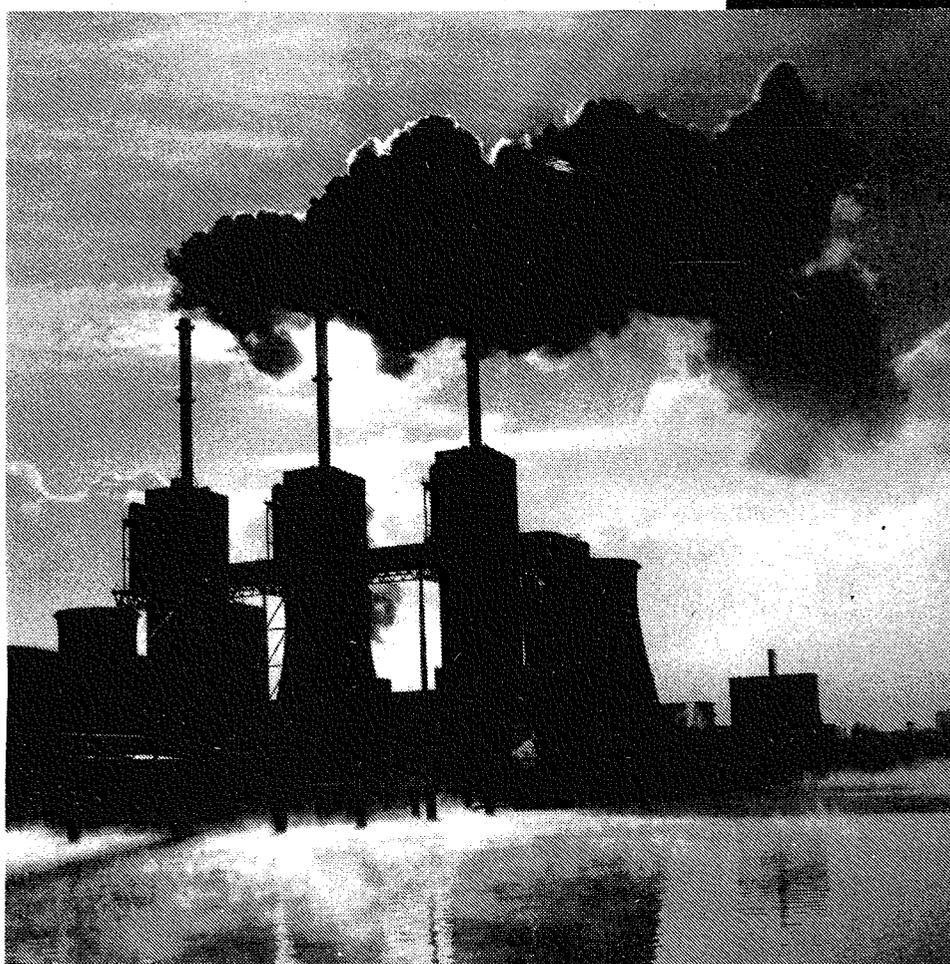


Ist die Umwelt noch zu retten?

***Der
sozialistische
Ausweg***

4,-DM



VORAN - Marxisten in der SPD

Inhalt

Einleitung.....	3
Teil I: Umweltvernichtung überall.....	4
<i>Abfall ist kein Zufall</i>	<i>4</i>
<i>In eine strahlende Zukunft?</i>	<i>8</i>
<i>Verkehrter Verkehr</i>	<i>12</i>
<i>Krieg gegen die Umwelt</i>	<i>14</i>
<i>Die Umweltpolitik der Kohlregierung stinkt zum Himmel.....</i>	<i>16</i>
Teil II: Kapitalismus & Stalinismus.....	19
<i>Umweltzerstörung im Kapitalismus</i>	<i>19</i>
<i>Die Altlasten des Stalinismus.....</i>	<i>24</i>
Teil III: Der sozialistische Ausweg.....	27
<i>ArbeiterInnenbewegung und Ökologie</i>	<i>27</i>
<i>Wie können wir die Umwelt noch retten?</i>	<i>31</i>

Impressum

VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.

Hansaring 4, 5000 Köln 1

Telefon: 0221/ 13 45 04 Fax: 0221/ 13 72 80

Bankverbindung: Postgiroamt Essen

Konto-Nr.: 25 00 59-430

**Autoren: Axel Schön, Matthias Scheibe, Wolfram Klein, Stephan Kimmerle, Aron Amm
(Stuttgarter VORAN-Unterstützer)**

VORAN ist eine marxistische Zeitung, die von einem unabhängigen Redaktionskollektiv gemacht wird, das aus aktiven SPD-Mitgliedern, JungsozialistInnen und GewerkschafterInnen besteht. Finanziert wird VORAN allein durch die Spenden von LeserInnen und UnterstützerInnen.

Einleitung

Die Zerstörung der Umwelt stellt heute die Existenzgrundlage von Millionen von Menschen in Frage. Mit den scheinbar unerschöpflichen Reserven der Erde geht es zu Ende. In Jahrzehnten verloren die Böden weltweit mehr Fruchtbarkeit, als in Jahrtausenden entstand. Die Menschheit verbraucht heute pro Jahr soviel Energie wie die Natur in 500.000 Jahren aufgebaut hat.

Die Umweltkrise beschränkt sich heute nicht mehr auf einzelne Regionen oder Lebensbereiche, sondern bedroht die Lebensgrundlagen der ganzen Menschheit. Diese weltweite Krise ist nicht einfach die Folge der industriellen Entwicklung seit dem letzten Jahrhundert. Sie ist das Ergebnis eines qualitativen Sprungs, der auf die Aufschwungjahre nach dem 2. Weltkrieg zurückzuführen ist: die gigantische Entwicklung des Automobils, die verstärkte Anwendung der Agrarchemie auf großen Flächen, die riesige Kunststoffproduktion sowie die hemmungslose Ausplünderung der Rohstoffe in der sogenannten Dritten Welt.

Die Eingriffsmöglichkeiten der Menschen in die Natur haben inzwischen solche Ausmaße angenommen, daß jede politische Frage ihre ökologischen Aspekte hat. Erst im Golfkrieg ist das auf dramatische Weise deutlich geworden. Selbst bei vielen

Alltagsproblemen stoßen wir heute auf Umweltfragen. Wer hätte gedacht, daß ein Gespräch über das Wetter einmal so ein Politikum werden könnte?

Um mehr Klarheit zu erreichen, befassen wir uns im ersten Teil dieser Broschüre mit den größten Dreckschleudern, mit den schlimmsten Giftmischern. In den verschiedenen brennenden Umweltfragen schlagen wir einen konkreten Forderungskatalog vor.

Wer unsere Forderungen durchgeht, wird feststellen, daß sie weitergehende Fragen aufwerfen: über unsere Gesellschaft, über den bürgerlichen Staat, über die kapitalistische Produktionsweise. Ein gro-

was sonst. Im zweiten Teil der Broschüre versuchen wir das zu erklären.

Immer wieder bekommen wir zu hören, daß es im Westen mit der Umwelt zwar schlimm genug bestellt ist, daß im Osten allerdings alles noch viel schlimmer aussieht. Genauso oft wird uns vorgehalten, daß der Sozialismus in der Theorie ein bemerkenswerter Gedanke sein mag, daß wir aber nirgendwo auf der Welt ein Land nennen können, wo der Sozialismus in der Praxis existiert. - Auch darauf gehen wir ein, im dritten Teil der Broschüre.

Auch wir MarxistInnen haben lange Zeit nicht erkannt, welches Ausmaß die Umweltzerstörung be-

reits weltweit angenommen hat. Allerdings zeigen wir in unserer Broschüre auch, daß sich bereits Marx und Engels mit den verheerenden Folgen ohne Rücksicht in die ökologischen Zusammenhänge vorgenommener menschlicher Eingriffe in die Natur befaßten.

Friedrich Engels (vor 100 Jahren):

"In der Natur geschieht nichts vereinzelt. Jedes wirkt aufs andere und umgekehrt, und es ist meist das Vergessen dieser allseitigen Bewegung, das unsere Naturforscher verhindert, in den einfachsten Dingen klarzusehen."

"Schmeicheln wir uns indes nicht zu sehr mit unseren menschlichen Siegen über die Natur. Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns. Jeder hat in erster Linie zwar die Folgen, auf die wir gerechnet, aber in zweiter und dritter Linie hat er ganz andere, unvorhergesehene Wirkungen, die nur zu oft jene ersten Folgen wieder aufheben."

ßer Teil der Naturschutzbewegung hält uns vor: "Erst die Umwelt wieder in Ordnung bringen - der Sozialismus, oder was immer Euch vorschwebt, kann warten, wenns ums Überleben geht."

Aber was ist, wenn die Umwelt im Rahmen des kapitalistischen Systems überhaupt nicht in "Ordnung" gebracht werden kann? Wir gehen davon aus, daß das um so klarer wird, je intensiver man sich mit einem Teilbereich beschäftigt, egal ob Verkehr oder Energie oder

In dieser Broschüre geht es uns um konkrete Vorschläge, wie die Umweltzerstörung aufgehalten werden kann. Genauso wichtig ist uns aber die Frage, was sich in der Produktionsweise ändern muß, damit die Umweltkatastrophe nicht nur hinausgeschoben wird, sondern die ganze Existenz der Menschheit noch gerettet werden kann.

Teil I: Umweltvernichtung überall

Müll

Abfall ist kein Zufall

Pro Jahr fallen in den alten Bundesländern ca. 109 Mio. Tonnen Abfälle an, in den FNL sind es zur Zeit ca. 12 Mio. Tonnen.

Das Müllvolumen hat sich in den letzten 40 Jahren versechsfacht und nimmt auch weiter in demselben Tempo zu, während sich die Masse des Mülls "nur" verdoppelt hat. Grund dafür ist das enorme Anwachsen der Verpackungen, entsprechend hoch ist auch der Anteil von Papier (12%), Pappe (4%) und Kunststoffen (5,4%) im Hausmüll.

Bisherige Abfallbehandlung

Bisher wurde der Müll vor allem auf Deponien gekippt. Doch durch die große Zunahme des Müllvolumens wurde bald der Deponieraum knapp. Viele Deponien wurden darüberhinaus zu Altlasten wegen unkontrollierter Ablagerung von giftigen Stoffen und mangelnder oder fehlender Abdichtung. Bereits 1985 schätzte das Umweltbundesamt die Zahl der Altlasten in der BRD auf 50.000 (einschließlich verseuchter Industriestandorte).

Daher wurde dann die Müllverbrennung als angebliche Lösung des Müllproblems propagiert. Die Verschmutzung wurde nur in die Luft verlagert, wie die zahlreichen Dioxinskandale von Müllverbrennungsanlagen (MVAs) zeigen. Die Filterstäube sind so mit giftigen Stoffen (Dioxin, Schwermetalle) belastet, daß sie als Sondermüll behandelt werden müssen, das Müllvolumen wird lediglich auf 1/3 reduziert.



Da die gewaltige Müllflut selbst MVAs zu überfordern beginnt, griffen viele Städte und Gemeinden zum letzten Mittel, um den Müll loszuwerden: dem Müllexport, trotz des §13 des Bundesabfallgesetzes, der das Primat der Inlandsentsorgung vorschreibt. So wurden Jahr für Jahr 5,5 Mio. Tonnen Haus- und Giftabfälle in die DDR exportiert (eigener Hausmüll der DDR im Jahr 1988: 3,6 Mio. Tonnen) und dort auf den Deponien Schönberg, Vorketzin und Schöneiche nach völlig veralteten Methoden abgelagert - die Folge ist verseuchtes Trinkwasser in den Städten und Gemeinden der Umgebung. Kosten für die Sanierung der maroden Deponien: mehr als eine Milliarde DM.

Müllverbrennung muß nicht sein

Was kann getan werden, um den Müllnotstand zu beseitigen? An erster Stelle muß die Müllvermeidung stehen. Ein großer Teil des Mülls ist schlicht überflüssig und kann durch folgende Maßnahmen vermieden werden:

★ **Mehrweg statt Einweg. Das Spülen einer Mehrwegflasche verbraucht 35% weniger**

Energie als die Produktion einer neuen Einwegflasche aus Altglas. Verbot von Einwegverpackungen, wie z.B. Getränkedosen, Plastikflaschen.

★ **Verbot von überflüssigen, zu aufwendigen Verpackungen, wie z.B. Mehrfachverpackungen, Förderung des Loseverkaufs von Waren.**

★ **Einführung des Verursacherprinzips: Die Betriebe, die Müll verursachen, müssen auch für die Kosten der Entsorgung aufkommen. Eine Abwälzung auf die Verbraucher darf es nicht geben.**

Der unvermeidbare Müll kann zum größten Teil durch **Recycling** wiederverwertet werden. Bei Produktionsabfällen (z.B. Ausschuß) wird auch heute schon Recycling in großem Stil betrieben, da hier gleichartige Abfälle in großen Mengen anfallen, beim Hausmüll fallen dagegen kleine Mengen vieler verschiedener Stoffe an. Dahersind Sammelsysteme sehr wichtig. Man unterscheidet grundsätzlich Bring- und Holsysteme:

Bringsysteme: Der von der Bevölkerung getrennt gesammelte Abfall (Papier, Glas, Metalle etc.) wird zu dezentral auf gestellten Containern gebracht.

Holsysteme: Jeder Haushalt bekommt drei oder mehr Tonnen zugeteilt, davon eine für den kompostier-

baren Müll (Biotonne), eine oder mehrere für Wertstoffe sowie eine für nicht kompostierbaren Naßmüll (Windeln, Hygieneartikel) und sonstigen Restmüll.

Bringsysteme haben den Vorteil, daß die Qualität der gesammelten Wertstoffe im allgemeinen besser ist (d.h. weniger Fremdstoffe) als bei Holsystemen, während Holsysteme dagegen einen höheren Erfassungsgrad aufweisen.

Daneben gibt es noch sogenannte Recyclingcenter. Vorteil: sehr gute Qualität der erfassten Wertstoffe, aber nur recht geringer Erfassungsgrad.

Das Kombinat SERO - ein Modell?

Ein solches System gab es auch in der DDR: das Kombinat SERO (Sekundärrohstoffeffassung). Von der DDR-Bürokratie mit dem Ziel, von Rohstoffimporten möglichst unabhängig zu sein, eingeführt, entwickelte es sich unbeabsichtigt zu einem hervorragenden Instrument der Müllreduzierung, da durch verhältnismäßig hohe, subventionierte Preise für abgelieferte Wertstoffe der Erfassungsgrad hoch war.

Durch Einführung von Westwaren (und deren Verpackungen) kam es zu einer Verdreifachung des Müllberges auf dem Gebiet der DDR. Bundesumweltminister Töpfer und die Industrie beabsichtigten v.a. mit Hilfe der Müllverbrennung diese Müllflut loszuwerden. Da paßt ihnen SERO natürlich nicht in den Kram - und so wurde es aufgelöst. 8000-9000 MitarbeiterInnen wurden schon entlassen. Fazit: Holsystemen ist grundsätzlich der Vorzug zu geben, da ein hoher Erfassungsgrad der einzelnen Wertstoffe sehr wichtig ist für den Grad der Müllreduzierung. Nur in Stadtteilen mit hoher Bevölkerungsdichte (z.B. Hochhaussiedlungen) ist eine Art Bringsystem besser: Container für die jeweiligen Wertstoffe für jeden Häuserblock.

Am besten wäre eine extra Tonne für jeden Wertstoff, da auf diese Weise der Sortieraufwand gering ist. Technisch wäre das kein Problem: Wenn die Arbeitszeit drastisch reduziert würde, hätten die Menschen genug Zeit und Kraft, ihren Hausmüll zu sortieren. Wenn Autos durch öffentliche Verkehrsmittel ersetzt würden, wäre

genug Platz da, die Tonnen unterzubringen. Nur die Profitinteressen der Unternehmer stehen dem entgegen (siehe Kapitel "Umweltzerstörung im Kapitalismus")

Am besten ist es, wenn es für jeden Wertstoff eine extra Tonne gibt, da auf diese Weise der Sortieraufwand gering ist. In der Regel wird es auch kein Problem sein, die Tonnen



Müll tötet

unterzubringen, wenn erst einmal das Auto durch öffentliche Verkehrsmittel ersetzt ist und so eine Menge Platz frei wird, der zuvor von parkenden Autos eingenommen wurde. Nur in Stadtteilen mit hoher Bevölkerungsdichte (z.B. Hochhaussiedlungen) ist eine Art Bringsystem besser: Container für die jeweiligen Wertstoffe für jeden Häuserblock.

Recycling-Center nach dem Vorbild von SERO könnten für bestimmte Altstoffe betrieben werden, z.B. Buntmetalle, und gleichzeitig als Sondermüllannahmestellen dienen. Für Recycling ist ferner folgendes nötig:

- ★ **Kennzeichnungspflicht für Kunststoffe;**
- ★ **Zurückdrängung bzw. Verbot von Verbundmaterialien;**
- ★ **Verbot von PVC-Verpackungen, da PVC-Recycling sehr energieintensiv ist und giftige**

Stoffe freisetzt.

In der schon erwähnten Biotonne oder grünen Tonne könnte der kompostierbare Müll (Küchenabfälle, Essensreste) gesammelt und dann kompostiert (Verrottung unter Luftzutritt) werden, oder es besteht die Möglichkeit einer Verrottung unter Luftabschluß zusammen mit Klärschlamm in einem Faultrum, wobei Biogas entsteht, was z.B. für Blockheizkraftwerke verwendet werden kann. Die Rückstände werden dann noch einer normalen Kompostierung unterzogen. In beiden Fällen erhält man Komposterde, die durch getrennte Sammlung des Biomülls weitgehend schadstofffrei ist und daher bedenkenlos im Gartenbau eingesetzt werden kann.

Was wird aus dem Restmüll?

Auch nach Müllvermeidung und Recycling bleibt noch ein kleiner Teil Restmüll zurück. Hier

stellt sich die Frage: Deponieren oder Verbrennung? Müllverbrennung hat einen entscheidenden Nachteil: MVAs blockieren Müllvermeidungs- und Recyclingprogramme:

- Die Anlage braucht eine Mindestmenge an Müll.
- Die hohen Kosten für den Bau einer MVA (durchschnittlich 300 Mio. Mark) lassen kein Geld mehr übrig für Müllvermeidungs- und Recyclingkonzepte.

Deponieren hat dagegen einen großen Vorteil: Durch den knappen Deponieraum wird ein ständiger Druck zu mehr Müllvermeidung und Recycling erzeugt. Deshalb sind spezielle, gut abgesicherte und überall begehrt Deponien, sogenannte Behälterdeponien, die beste Lösung für den Restmüll. Wenn eine bessere Endlagerung gefunden wird oder neue Aufarbeitungs- oder Entgiftungsmethoden, ist hier der Müll leicht rück-

holbar, es handelt sich bei diesen Deponien sozusagen um "Parkhäuser für Müll."

winne bei gleichzeitiger Sozialisierung der Verluste. Die Industrie verschweigt dabei, daß viele

Definition von Sondermüll beeinflussen, nicht die tatsächliche Gefährlichkeit. Für die Bewältigung des Sondermüllberges gelten die gleichen Prioritäten wie beim Hausmüll:

Zunächst **Vermeidung**. Das kann erreicht werden durch Einstellung der Produktion gewisser Stoffe (z.B. Pestizide), durch Umstellung von Produktionsprozessen auf unschädlichere Stoffe und durch geschlossene Produktionskreisläufe.

Dann **Verwertung**, indem man prüft, ob gewisse Abfälle noch als Rohstoffe in anderen Produktionsprozessen genutzt werden können. Die kleine Restmenge sollte, nach verschiedenen Sondermüllarten getrennt, auf kleinen, dezentralen Monodeponien gelagert werden, die besonders gesichert sind.



US-Autowäsche nach Giftgaseinsatz

"Duale Abfallwirtschaft" - Geistiger Müll der Unternehmer

Daß Müllvermeidung angesichts des gewaltigen, immer weiter anwachsenden Müllberges dringend erforderlich ist, wird inzwischen in der öffentlichen Diskussion allgemein anerkannt. Auch Bundesumweltminister Töpfer spricht sich für Müllvermeidung aus, läßt jedoch keine Taten folgen. Die Verpackungsindustrie fürchtet nichts so sehr wie Müllvermeidung, denn dann wären ja die ganzen Profite weg und die sind beträchtlich: 1989 wurden in der BRD Verpackungen für 33 Milliarden Mark produziert und der Umsatz ist weiter steigend.

Daher spricht die Industrie jetzt von Recycling. Die sogenannte "duale Abfallwirtschaft" (der "grüne Punkt") wird eingeführt, d.h. von der Industrie beauftragte private Unternehmer sollen die Wertstoffe (Papier, Glas, Pappe, Metall, Holz sowie einige Kunststoffstoffe) einsammeln, die dann von der Industrie wiederverwertet sollen, während die städtische Müllabfuhr den stinkenden Rest des Mülls einsammeln darf. Man erkennt hier deutlich das alte Schema der Privatisierung der Ge-

ihrer Verpackungen gar nicht recyclingfähig sind, da es sich um Verbundmaterialien handelt. Solche Materialien und auch ein Teil der Pappe werden dann in Industrieöfen (z.B. in Zementwerken) verbrannt unter hohen Schadstoffemissionen, da die Großfeuerungsanlagenverordnung bei den relativ kleinen Industrieöfen nicht gilt.

Die erste Auswirkung des "grünen Punkts" war eine drastische Zunahme des Kaufs von Einwegverpackungen, weil sie ja jetzt auf einmal "umweltfreundlich" waren. Das ganze "Duale System" soll nur Umweltgangstern einen Heiligenschein verpassen und den öffentlichen Druck in Richtung Müllvermeidung senken. Damit trägt es zur Umweltzerstörung und nicht zum Umweltschutz bei.

■ Sondermüll

Bei Sondermüll handelt es sich vor allem um Chemikalien. Was alles Sondermüll ist, wird von §2, Abs.2 des Bundesabfallgesetzes bestimmt. Ferner gibt es noch zahlreiche Bestimmungen der Länder, die aber stark von einander abweichen, ebenso wie Definitionen über Sondermüll in verschiedenen Staaten. Es sind vor allem wirtschaftliche Interessen, die die

■ Deshalb fordern wir:

Zur Müllvermeidung:

- ★ Müllvermeidung und Recycling statt teurer Dreckschleudern, deshalb sofortiger Baustopp für Müllverbrennungsanlagen.
- ★ Mehrweg statt Einweg. Verbot von bestimmten Einwegverpackungen, wie Getränkedosen und Plastikflaschen.
- ★ Verbot von überflüssigen, zu aufwendigen Verpackungen wie z.B. Mehrfachverpackungen; Förderung des Loseverkaufs von Waren.
- ★ Vorgehen gegen Herstellung von Produkten, die absichtlich schnell verschleißend hergestellt werden, um den Absatz zu erhöhen.
- ★ Einführung des Verursacherprinzips: Wer Müll verursacht, muß auch die Kosten für die Entsorgung tragen. Eine Abwälzung auf die Allgemeinheit darf es nicht geben.

Recycling:

- ★ Kennzeichnungspflicht für Kunststoffe nach Kunststoffarten und Zusatzstoffen (z.B. Weichma-

cher); Verbot von gewissen Zusätzen (z.B. Cadmium).

- ★ Verbot von PVC für Verpackungszwecke. Zurückdrängen von PVC in anderen Bereichen (v.a. Baubereich).
- ★ Flächendeckendes Netz von Kompostieranlagen.
- ★ Einführung eines Holsystems mit einer Biotonne für den kompostierbaren Müll, je eine Tonne für die einzelnen Wertstoffe und einer Reststofftonne.
- ★ Verbot von Verbundmaterialien (z.B. Verpackung von Butter nur noch in Pergamentpapier statt mit einem Verbundmaterial aus Alufolie und Pergamentpapier). Bei besonders begründeten Fällen kann eine Extragenehmigung für die Verwendung von Verbundmaterialien eingeholt werden.
- ★ Deponierung des Restmülls auf sicheren Deponien.
- ★ Abfallwirtschaft raus aus privater Hand.

Sondermüll

- ★ Einführung von stationären Sondermüllsammelstellen für privaten und kleingewerblichen Sonder-

müll; gleichzeitig Einsammeln des Sondermülls der Haushalte nach einem Holsystem, um den Erfassungsgrad zu erhöhen.

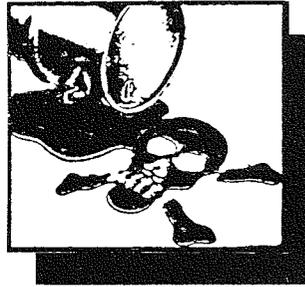
- ★ Einstellung der Produktion bestimmter Stoffe, z.B. Pestizide; Umstellung von Produktionsprozessen in der Industrie auf ungefährlichere Stoffe bzw. geschlossene Kreisläufe zur Vermeidung von Sondermüll.
- ★ Prüfung des anfallenden Sondermülls auf Verwertbarkeit als Rohstoff in anderen Bereichen der Industrie; der nichtverwertbare Rest sollte auf sehr gut abgesicherten Sondermülldeponien gelagert werden.

Für die gesamte Wirtschaft:

- ★ Bei allen Produktionsanlagen muß vor der Inbetriebnahme eine Umweltverträglichkeitsprüfung stattfinden, bei der auch ein Nachweis über die sachgemäße Entsorgung aller anfallenden Abfälle erbracht werden muß.
- ★ Einführung der ArbeiterInnenkontrolle in der gesamten

Wirtschaft, um die gezielte Produktion von schnell verschleißenden Produkten zu unterbinden. Einsicht von Belegschaft und Gewerkschaften in alle geschäftlichen, technischen und sonstigen Unterlagen der Betriebe - ohne Rücksicht auf das Geschäftsgeheimnis. Einsichtsmöglichkeit von Umweltschutz- und VerbraucherInnenverbänden.

- ★ Verstaatlichung der 36 größten Pharma-, Chemie-, Petrochemie- und Mineralölkonzerne (die zu den 200 größten Konzernen der BRD gehören). Demokratische Verwaltung dieser Betriebe durch gewählte und jederzeit abwählbare VertreterrInnen (je ein Drittel von Belegschaft, Gewerkschaft und Staat), die nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen FacharbeiterInnenlohn.



Eines Tages, Mein Sohn, wird dies alles Dir gehören, und Deinen Kindern, und deren Kindern...

In eine strahlende Zukunft?

Seit drei Jahrzehnten werden AKWs zur Energiegewinnung eingesetzt. Nur alle 10.000 Jahre könnte ein schwerer Unfall passieren. (Das behauptet zumindest die "Deutsche Risikostudie Kernkraftwerke".) Wie schnell doch die Zeit vergeht. Ende April 1986 kam es zu einem Super-Gau in Tschernobyl, bei dem das Zigfache an radioaktiver Strahlung einer Hiroshima-Bombe freigesetzt ist. 500 Millionen, d.h. ein Zehntel der Weltbevölkerung, waren davon betroffen.

Sind wir vor den (westlichen) AKWs sicher?

Pünktlich zum fünften Jahrestag von Tschernobyl kam es im Februar 1991 zum schwersten Reaktorunfall in der Geschichte Japans. Nördlich von Japans zweitgrößter Stadt Osaka, in deren Ballungsgebiet zehn Millionen Menschen leben, ist das AKW Fukui nur knapp am Super-Gau vorbeigeschrammt. Im Kernreaktor war ein Rohr geplatzt und große Mengen Radioaktivität in die Luft entwichen. Das beweist nochmal, was eigentlich seit Harrisburg und der Beinahe-Katastrophe in Biblis bekannt sein mußte: Was in Tschernobyl passierte, kann sich überall - eben auch in der westlichen Welt - wiederholen. Um genau zu sein: 400 mal - denn soviel AKWs sind weltweit in Betrieb. Oder will jemand behaupten, daß Japan technologisch rückständiger ist als die BRD?

Die Welt kann auch ohne Atomkrieg atomar verseucht werden. Ganz friedlich - durch Nutzung der Atomenergie. Die 400 AKWs liefern zusammen über 300 Gigawatt, das sind 300 Millionen Kilowatt Elektrizitätsleistung. Europa - West und Ost - steht mit fast 130 Gigawatt an der Spitze, davon rund 40 Prozent in Frankreich und - halb so viel wie in Frankreich - in Deutschland.

Wie war das nochmal? Alle 10.000 Jahre ein schwerer Unfall? Das gilt für jedes einzelne Atomkraftwerk - weltweit. Bei fünfzehnjähriger Be-

triebszeit von 25 Reaktoren steigt das Risiko bereits auf vier Prozent an - laufen 374 Kraftwerke (soviel wie im Jahr 1985) 30 Jahre lang, müssen wir uns bereits mit 86%iger Wahrscheinlichkeit auf ein neues "Tschernobyl" in den nächsten zehn Jahren einstellen. "Die Bevölkerung hätte sicherlich gern ein Nullrisiko. Das ist aber nun mal nicht machbar." (Günther Klätte, Vorstandsmittglied Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG, 1989)

Die Atomlobby hat keine Ahnung, wo und wie der ganze Atommüll auf Dauer sicher gelagert werden soll. Für sie gilt das Prinzip: Nach-mir-die-Sintflut. Kein Wunder, daß Atomfässer kreuz und quer durch Europa transportiert und verschoben werden - zu 80% mit Kraftfahrzeugen, aber auch per Bahn, sogar im Gepäckwagen der Personenzüge oder per Flugzeug, auch in Passagiermaschinen ... sogar mit der Handtasche. Zwischen-durch helfen Schmiergelder nach. Nur durch Zufall werden einzelne Skandale (die Spitze des Eisbergs) bekannt. Niemand kann sicher sein, daß nicht morgen vor seiner Haustüre ein Atomtransporter verunglückt. In den USA gab es z.B. schon in den 70er Jahren alle fünf Tage einen Unfall. Bei Kontrollen von Atomtransporten durch die Autobahnpolizei wurden durchschnittlich jedes fünfte Mal Verstöße gegen die Sicherheitsbestimmungen entdeckt. Bei 500.000 Transporten jährlich (soviele Sendungen mit radioaktivem Material werden in der BRD zur Zeit befördert) sind das 100.000 Verstöße. Die Risiken bei einem Atomtransportunfall haben Ähnlichkeit mit denen bei einem großen Reaktorunfall. Nur eines ist also sicher, daß beim Atommüll nichts sicher ist.

Ist die Atomenergie das "kleinere Übel" - wenn es um die Umwelt geht?

Kaum hatten sich die radioaktiven Wolken aus dem brennenden Tschernobyl-Reaktor verzogen, wurde bekannt, daß wir vor einer weiteren Katastrophe stehen: dem Klimakollaps. Es wird wärmer auf der Erde: sechs der zehn wärmsten Jahre seit dem Beginn der Klimaaufzeichnung um 1880 wurden im letzten Jahrzehnt festgestellt. Hauptverursacher des "Treibhauseffekts", der das Klima aufheizt, ist Kohlendioxid (CO₂), Endprodukt bei der Energiegewinnung aus Kohle, Gas, Holz oder Öl, den sogenannten fossilen Brennstoffen.

Die Unternehmer in der Atomindustrie klammern sich daran wie ein Ertrinkender an einen Strohhalm. In einer breit angelegten Werbekampagne behaupten sie immer wieder, Atomkraftwerke seien "Kohlendioxid-neutral." Also zurück zum Atom als CO₂-freiem Energieerzeuger, um das Klima zu retten? Ist ein bißchen Atom nicht vielleicht weniger schlimm als die Klima-Katastrophe? Die Atomlobby fürchtet um ihre Pfünde. Darauf dürfen wir nicht reinfallen. Kein Mitleid! Oder sollen wir den Teufel mit dem Beelzebub austreiben?

Nach drei Jahrzehnten und Hunderten von Milliarden Dollar Kapitaleinsatz existieren 400 AKWs. Und doch trägt die Atomenergie bis heute nur mit 4% zur weltweiten Energieversorgung bei. Nur 15% der Energieversorgung decken wir mit Strom. Vom Strom wiederum werden auch nur 15% nuklear erzeugt. Sollten alle existierenden Kohle-, Gas- und Ölkraftwerke auf der Welt durch AKWs ersetzt werden, bräuchten wir 20mal soviele Atomkraftwerke, Schnelle Brüter und Plutonium.

Was noch wichtiger ist: Nur ein Achtel des Treibhauseffektes geht auf das Konto der nicht-atomaren Stromerzeugung. Na gut, das reicht - dennoch brauchen wir hier den Atomstrom nicht. Zusätzlicher Strom - falls überhaupt nötig - müßte nur in modernen Gas- und Dampfturbinen mit Kraft-Wärme-Kopplung statt in Atomkraftwerken erzeugt werden. Die AKWs, die in den letzten Jahren fertiggestellt wurden, kosteten im Durchschnitt doppelt soviel, wie die modernsten Kraft-Wärme-Kopplungs-

Techniken.

Was entscheidend ist: AKWs erzeugen Energie im Überfluß und zu unpassenden Zeiten, z.B. nachts, da sie unflexibel sind. Sie verleiten daher zur Energieverschwendung (Bsp. Nachtstromspeicherheizung). Aufgrund ihrer Trägheit sind AKWs nicht kurzfristig an- oder abschaltbar, sie können also nur Grund- und allenfalls Mittellaststrom erzeugen. Rund 30% des Stromverbrauchs ist aber sogenannter Spitzenstrom. Dafür sind flexible Einheiten mit Kohle-, Gas- oder Ölbetrieb notwendig, die kurzfristig zugeschaltet werden können. Das bedeutet, daß auch die Atomenergie zum erhöhten CO₂-Ausstoß beiträgt, auch wenn sie kein Kohlendioxid produziert.

Aber die Atomenergie trägt nicht nur indirekt zur Umweltverschmutzung bei. So wird der größte Teil der erzeugten Energie gar nicht in Strom verwandelt, sondern als Abwärme nutzlos an die Umwelt verschleudert. Dadurch werden Flüsse aufgeheizt, kippen um und verkommen zu stinkenden Kloaken. Die Tier- und Pflanzenarten im Umfeld dieser Flüsse gehen ein.

Wie billig ist Atomstrom wirklich?

Für die Atomlobby hatte alles so verheißungsvoll begonnen. In den sechziger Jahren gab es einen Bestellboom, vor allem in den USA, in der BRD und in Japan. Sehr bald stiegen die Kosten jedoch stetig an, aus zwei Gründen:

Erstens: Anfangs war das ganze Risikopotential stark unterschätzt worden. Die Kosten für die Sicherheit stiegen auf das Fünffache der Anfangskosten.

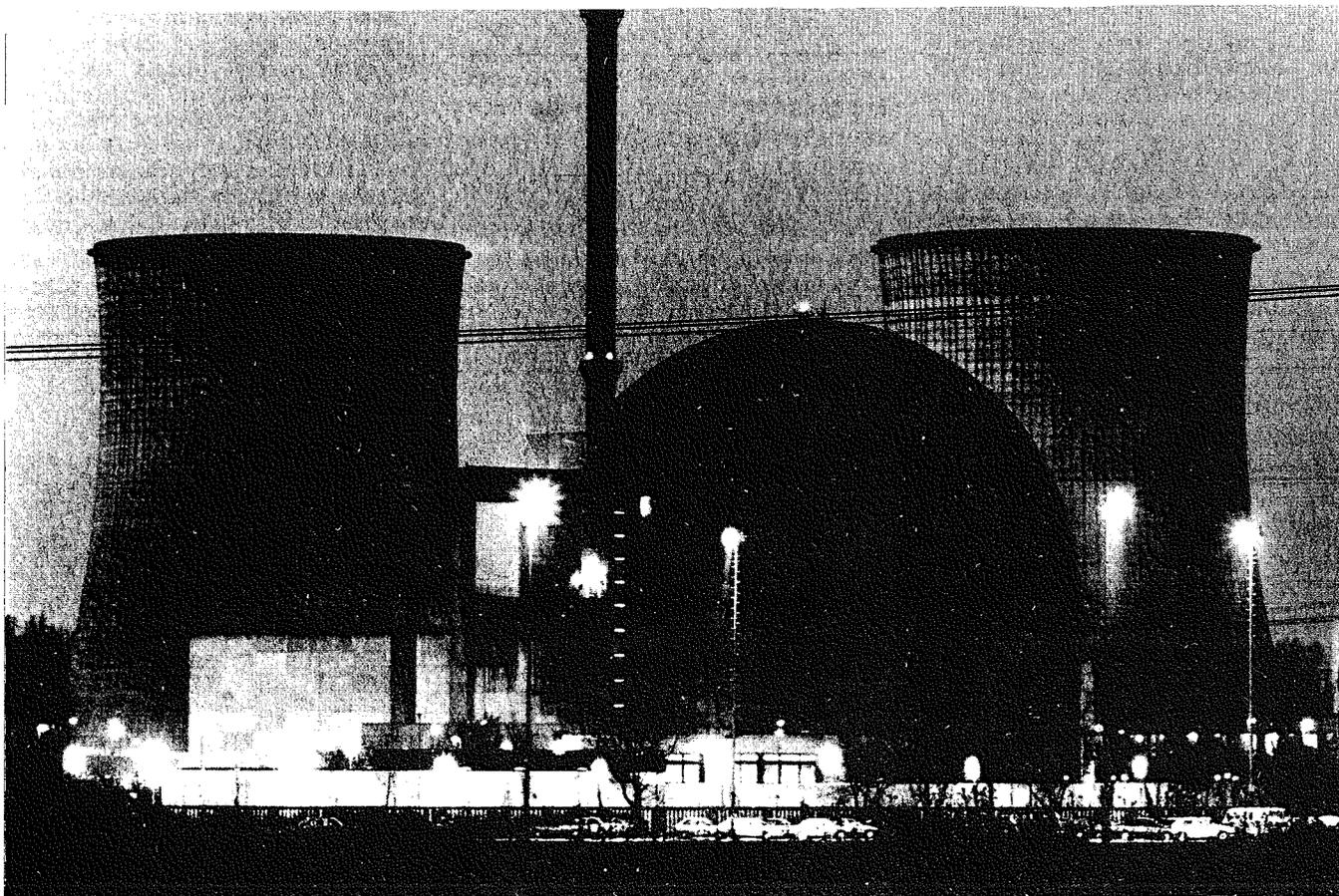
Zweitens: Die Stromverkäufer hatten den Strombedarf gründlich überschätzt. In den letzten Jahren wurden durch Kapitalverluste bei AKW-Investitionen in den USA 100 Milliarden Dollar in den Sand gesetzt. Der Staatskonzern von Atomweltmeister Frankreich EDF (Electricité de France) ist mit 53 Milliarden DM einer der höchstverschuldeten Konzerne der Welt. In Japan betreibt die Atomindustrie noch Zubau. Aber Japan hat doppelt so hohe Strompreise wie die anderen kapitalistischen Industriestaaten. Atomstrom ist der teuerste Strom. Und vor allem: Der größte Teil der Kosten muß noch bezahlt werden. Gesundheits- und Umweltfolgekosten, Endlagerung, Bewachung, Abriß. Diese sollen wieder mal wir bezahlen - mit unseren Steuern.

Was ist mit den Arbeitsplätzen?

Immer, wenn den AKW-Befürwortern die Argumente ausgehen, kommen sie mit den Arbeitsplätzen. Die AKW-Betreiber interessieren sich nur solange für die Arbeitsplätze, wie der Profit stimmt.

Die Entscheidung, AKWs trotz der bekannten Sicherheitsrisiken zu bauen, ist nicht von den heute dort Beschäftigten getroffen worden. Wenn die Betreiber von Sicherheitsrisiken reden, meinen sie in erster Linie den Gewinn. Wenn die Beschäftigten davon reden, meinen sie die Risiken am Arbeitsplatz - Tag für Tag. Ein Beispiel von vielen: Im Dezember 1990 kam es im Siemens-Nuklearbetrieb in Hanau binnen weniger Tage zu zwei Unfällen. Ein Arbeiter erlitt schwere Splitterwunden, weitere Kollegen wurden radioaktiv verseucht.

Natürlich dürfen keine Beschäftigten aus der Atomindustrie in die Arbeitslosigkeit entlassen werden. Im Energiebereich wird es noch genügend Arbeit geben: Zum einen bei den alternativen Energien, zum anderen beim Aufbau einer umweltfreundlichen Energieversorgung (Einsatz von Filteranlagen in Kohlekraftwerke).



Den AKW-Betreibern geht es nicht um Arbeitsplätze. Es geht ihnen um "ihre" Arbeitsplätze auf Kosten der Arbeitsplätze im Bergbau. Was ist aus dem sogenannten Jahrhundertvertrag von 1981 geworden, in dem eine jährliche Kohleförderung und -abnahme garantiert wurde? Die Kohle wurde zwar abgebaut, aber nicht genutzt, weil ein einseitiger Ausbau der Atomenergieerzeugung bevorzugt wurde. Die Kohleproduktion kann jetzt nur noch durch Subventionen aufrechterhalten werden und die sind inzwischen auf 10 Mrd. DM im Jahr gestiegen. Das heißt, jeder Arbeitsplatz im Bergbau wird mit 96.000 Mark im Jahr subventioniert. Jeder Bergarbeiter kann nur davon träumen, überhaupt soviel im Jahr zu verdienen.

Ist der Ausstieg möglich?

Die Atomindustrie war auch wirtschaftlich ein Irrweg. Die größte Atomfirma der Welt, EDF in Frankreich, hat soviel Schulden wie das Land Brasilien (53 Milliarden Mark). In Britannien traut sich das Kapital nicht, die Atommeiler zu privatisieren, die Kurve der Neubestellung von Atomkraftwerken tendiert gegen Null.

Von wegen, Atomstrom sei billiger, als anders erzeugter Strom. Die Folgekosten von Tschernobyl betragen Hunderte von Milliarden Mark. Bei den Abrißkosten für den Schnellen Brüter rechnet man mit zwei Milliarden Mark, seine Baukosten haben 12 bis 15 Milliarden Mark betragen. 15-17 Milliarden Mark wurden also sinnlos in den Sand gesetzt. Auf Dauer können sich die Kapitalisten solche Verluste nicht leisten. Das ist einfach nicht profitabel, ein AKW zu bauen und dann schon nach zwei oder drei Jahren statt nach 30 Jahren stillzulegen. Die Atomlobby - auch in der BRD - hat mittlerweile eingesehen, daß der Bau neuer Atommeiler vorläufig nicht durchsetzbar ist - zumindest nicht zu aus ihrer Sicht vertretbaren Kosten. Das hat damit zu tun, daß nur 3% der Bevölkerung für einen Ausbau der Atomenergie sind. 97% sind dagegen!

Für die AKW-Betreiber geht es jetzt zunächst darum, die bestehenden AKWs solange wie möglich zu betreiben. In den USA z.B. hat die

staatliche Atomaufsichtsbehörde NRC vor, störanfällige Altreaktoren der ersten Generation nicht mehr nach 40, sondern erst nach 70 Jahren endgültig abzuschalten. Was sie völlig übergehen, ist die Versprödung der Reaktordruckbehälter, die mit keinem Werkstoff zu vermeiden ist. Auch in der BRD soll die Betriebsdauer um mehrere Jahrzehnte erhöht werden.

Da auf Grund des politischen Stimmungswechsels eine SPD-geführte Bundesregierung in den nächsten Jahren nicht auszuschließen ist, hat sich die Atomlobby die SPD vorgeknüpft. Die SPD hat 1986 auf ihrem Nürnberger Parteitag unter dem Druck der Parteilinken und einer 80%igen Mehrheit der Bevölkerung den Ausstieg binnen zehn Jahren beschlossen. Die FDP hat von der SPD als Bedingung für eine sozialliberale Koalition die Bereitschaft für den Bau neuer AKWs gefordert. Damit soll die SPD-Spitze die Möglichkeit erhalten, den Verzicht auf den Ausstieg als tollen Kompromiß zu verkaufen, wenn die FDP auf den Bau neuer AKWs verzichtet, den sie sowieso nicht ernsthaft anstrebt.

An der Spitze von SPD und Gewerkschaften gibt es nach wie vor genügend Betonköpfe, die den Ausstieg aus der Atomenergie wieder rauszögern wollen - nach dem "Vorbild Schweden": z.B. ÖTV-Vorsitzende Wulf-Mathies und IGBE-Vorsitzender Berger. Auf dem Bremer Parteitag 1991 ist die SPD hintenrum aus dem "Ausstieg in zehn Jahren" ausgestiegen. Dabei können wir nicht mal die zehn Jahre abwarten. Jeden Tag, den ein AKW in Betrieb ist, wird radioaktive Strahlung an die Umwelt abgegeben - damit ist jeder Tag ein Tag zuviel.

Gehen alle Lichter aus?

Die Rechten haben uns jahrelang Flöhe in den Kopf gesetzt: Der Ausstieg aus der Atomenergie bedeutet "die totale wirtschaftliche Verelendung" (Kohl), den "Abschied



aus der Industriegesellschaft" (Strauß), die "Rückkehr zu einem Volk der Jäger und Fallensteller" (Lambsdorff).

Außer den Profitinteressen der AKW-Betreiber gibt es keinen einzigen Grund, die AKWs auch nur eine Minute länger laufen zu lassen. 1988 betrug die "Engpaßleistung", d.h. die maximale Leistung, der Energieversorgungsunternehmen 88 Gigawatt (Milliarden Watt), die Höchstleistung des Stromverbrauchs betrug 60 GW (in kalten Wintern können es vielleicht 64 GW sein). Bei der Abschaltung aller AKWs hätte es 1988 immer noch eine nicht eingesetzte Reserve-Kraftwerksleistung von fast 6 Milliarden Watt gegeben. Denn der Anteil aller AKWs an der Engpaßleistung betrug nur 22,5 GW. (Quellen: Statistisches Jahrbuch 1990/IFO-Schnelldienst Nr.35/36, 1989)

Durch die "fünf neuen Länder" hat sich der Stromverbrauch zwar erhöht, aber laut einem Energiegutachten der Freien Universität in West-Berlin von 1990 wird der Primärenergieverbrauch in Ostdeutschland (bei konstantem Stromverbrauch) jährlich um 2% sinken. Warum? Weil das Land einen "erheblichen Modernitätsrückstand der Energieversorgung" aufzuholen hat. So lag die Wirtschaftsleistung je Einwohner 1990 um knapp ein Drittel niedriger als in der BRD, der Pro-Kopf-Energieverbrauch dagegen um mehr als ein Fünftel darüber.

Als erster Schritt in Richtung umweltfreundliche Energieversorgung könnten Entschwefelungs- und Entstickungsanlagen in den Kohlekraftwerken eingebaut werden. Das

wäre sofort möglich, denn die modernen Filteranlagen gibt es schließlich längst. Allein das Geld, das für den Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf eingeplant war, hätte ausgereicht, alle Kohlekraftwerke der BRD zu entschwefeln und zu entstickten.

Gibt es einen Weg, auch die fossilen Energieträger wie Kohle nach und nach zu ersetzen? Die Atomlobby geht bis heute an die Sache so ran: Erst das Stromangebot erhöhen und dann alles tun, damit die Nachfrage nach Strom kräftig steigt! Welche Alternative gibt es erstens bei der Erzeugung von Strom, und zweitens bei der Verwendung von Strom? Die großen Stromunternehmen sind heute riesige Verschwendungsunternehmen: Rund zwei Drittel der eingesetzten Primärenergie geht als Abfallwärme verloren. Wertvolle Wärme wird über Kühltürme sinnlos in die Luft geblasen oder umweltschädlich in die Flüsse geleitet. Dabei könnte man diese Abfallwärme nutzen: Kraft-Wärme-Kopplung nennen die Wissenschaftler das. Der einzige Haken: Die großen Stromkonzerne haben kein Interesse an den kleinen, verbrauchernahen Heizkraftwerken. Diese Heizkraftwerke haben durch die Fernwärmenutzung einen doppelt so hohen Wirkungsgrad wie die großen Stromkraftwerke. Wenn dann endlich in die Erforschung und Entwicklung alternativer Energiequellen forciert werden würde (Sonne, Wind, Meer, Erdwärme, Biomasse usw.), könnten auch Kohlekraftwerke und Ölheizungen langfristig überflüssig gemacht werden. Die Sonne strahlt z.B. jährlich 80 Mal mehr Energie auf das Gebiet der BRD ein, als im gleichen Zeitraum an allen anderen Energieträgern verbraucht wird.

Neben einer anderen Erzeugung von Strom müssen wir eine bessere Verwendung von Strom durchsetzen. In den USA könnten z.B. allein im Beleuchtungssektor 90% der bisher verbrauchten Energie eingespart werden. Ähnliches wäre - nicht nur in den USA - bei Elektromotoren oder Haushaltsgeräten möglich.

Warum kommen die Unternehmer der Stromkonzerne nicht darauf? Strom, der eingespart wird, läßt sich eben nicht profitbringend verkaufen. Die "totale wirtschaftliche Verelendung", die Kohl beim Ausstieg aus der Atomenergie befürchtet, würde es allerhöchstens für die Atomlobby geben. Denn wer soll die Kosten

des Ausstiegs zahlen, wenn nicht die AKW-Betreiber, die die Atomkraft durchgeboxt - oft genug durchgeprügelt - haben, Milliardenprofite einstecken und vom bürgerlichen Staat immer wieder aufgepäppelt wurden?

Wenn weiter in die Atomindustrie investiert wird, oder wenn mit dem Ausstieg doch noch zehn Jahre gewartet wird, dann sehen wir ziemlich schwarz - für diese "strahlende" Zukunft. Da lassen wir uns nichts weismachen!

■ Deshalb fordern wir:

- ★ **Sofortiger Bau- und Planungsstopp für alle AKWs - in West und Ost (d.h. auch in Stendal und Greifswald).**
- ★ **Sofortige Stilllegung aller zivilen und militärischen Atomanlagen und Verschrottung aller Atomraketen.**
- ★ **Stopp der Atomtransporte; keinen Export von Atomtechnologie ins Ausland.**
- ★ **Begrenzung der in öffentlichen Haushalten vorgesehenen Finanzmittel im Atomenergiesektor auf den Bereich einer sicheren Endlagerung. Für die Endlagerung muß der sicherste Weg gewählt werden, die direkte und rückholbare Endlagerung.**
- ★ **Ständige Überprüfung von Umwelt und Lebensmitteln auf Radioaktivität unter Kontrolle unabhängiger Umweltschutzorganisationen (wie BUND) und der GewerkschaftsvertreterInnen (Betriebsräte, Vertrauensleute) in den betroffenen Bereichen.**
- ★ **Offenlegung der Katastrophenschutzpläne und sämtlicher Reaktorstörfallberichte.**
- ★ **Keine Entlassungen als Folge des Ausstieges aus der Atomenergie. Stattdessen Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen durch Aufbau einer umweltfreundlichen Energieversorgung (z.B. Einsatz von Filteranlagen in Kohlekraftwerken) und Arbeitszeitverkürzung bei vollem**

Lohnausgleich. Einkommensgarantie bei Umschulungen.

- ★ **Sofortiger Einsatz modernster Technologie zur Vermeidung von Schadstoffen in den bestehenden Kohlekraftwerken.**
- ★ **Erforschung und Entwicklung alternativer Energiequellen (Sonne, Wind, Erdwärme, Biomasse, Meer usw.), damit auch fossile Energieträger wie Kohle langfristig ersetzt werden können.**
- ★ **Maßnahmen zur rationellen Energienutzung (z.B. Nutzung industrieller Abwärme, Kraft-Wärme-Kopplung, Einführung besserer Standards in der Gebäudeisolierung, Herstellung von Motoren mit besserer Antriebsübertragung usw.).**
- ★ **Alle am Energie- und Atomgeschäft beteiligten Konzerne (Elektrokonzerne, Atomindustrie, Transportfirmen, Ölkonzerne, Banken, Versicherungen) sind zu enteignen. Entschädigung nur bei erwiesener Bedürftigkeit und unter Anrechnung erhaltener Subventionen sowie der durch die betreffenden Konzerne angerichteten Umweltschäden.**
- ★ **Verwaltung aller staatlichen EVUs und aller verstaatlichten Konzerne durch einen Rat, der drittelparitätlich zusammengesetzt ist aus 1/3 BelegschaftsvertreterInnen 1/3 DGB-VertreterInnen 1/3 Staat bei Wahl- und jederzeitiger Abwählmöglichkeit und Begrenzung ihres Einkommens auf einen durchschnittlichen FacharbeiterInnenlohn.**
- ★ **Alle Energieversorgungsunternehmen sowie der gesamte Energiesektor müssen zu einem volkswirtschaftlichen Energieversorgungsplan zusammengefaßt werden. Ziel ist eine dezentrale Energieerzeugung- und versorgung bei überregionaler Planung.**
- ★ **Ausarbeitung eines europaweiten Plans und Verteilung von Strom und Energie unter Ausnutzung aller Möglichkeiten, Energie einzusparen.**

Verkehrter Verkehr

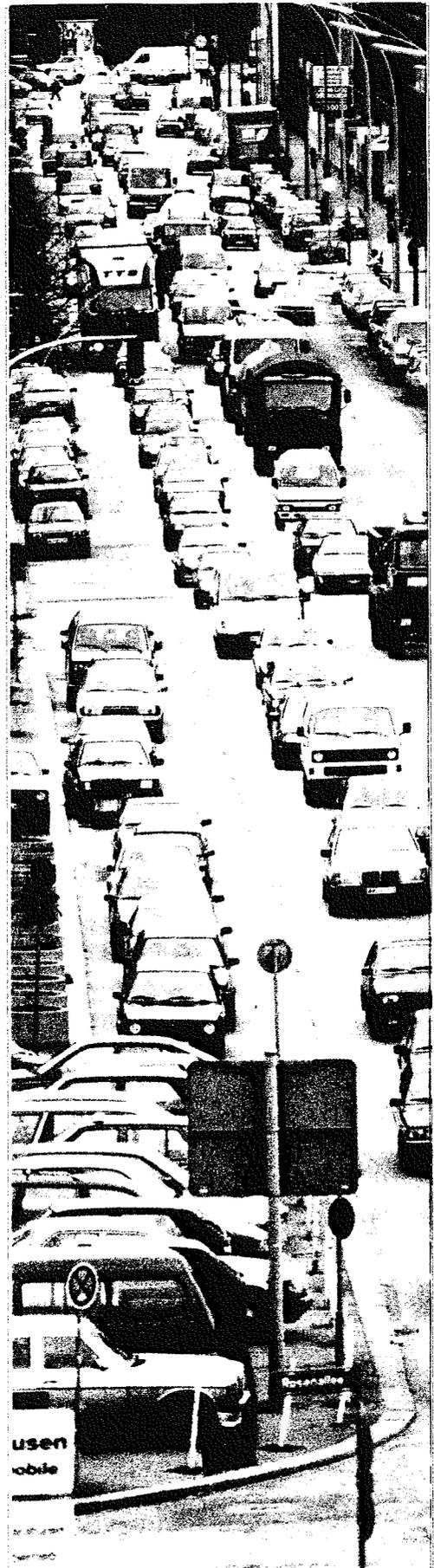
Unsere Verkehrspolitik, die jahrzehntelang auf das Auto gesetzt hat, steht vor dem Bankrott. Der Autoverkehr ist ökologisch verheerend: Der Energieverbrauch des Autos ist um ein Vielfaches höher als der von Bus oder gar Bahn. Auch die Produktion der Autos bedeutet Verschwendung von Rohstoffen (und Arbeitskraft), und nach dem Gebrauch ist das Auto ein großer Haufen Müll (und teilweise sogar Sondermüll). Für den Straßenbau wird ein immer größerer Teil der Natur zubetoniert. Der Autoverkehr ist aber auch gesundheitlich unzumutbar. So schieben z.B. gerade in den Städten Eltern ihre Kinder im Kinderwagen in Auspuffhöhe durch dicke Giftgaswolken. Neben den Abgasen beeinträchtigt auch der Verkehrslärm unsere Gesundheit in hohem Maß. Jährlich werden Hunderttausende im Straßenverkehr verletzt oder gar getötet. Auf jede Tote und jeden Toten, die durch Kriminalität umkommen, kommen 12 Verkehrstote. Daneben hat die Auto-Gesellschaft noch soziale Folgen. Sie führt zur Ausgrenzung von Leuten, die kein Geld fürs Auto oder keinen Führerschein haben, wie viele Behinderte und alte Menschen. Einkaufszentren oder Freizeiteinrichtungen zum Beispiel sind oft nur noch mit dem Auto erreichbar, also für Menschen, die kein Auto zur Verfügung haben, fast unerreichbar.

Wie ist angesichts dieser verheerenden Begleiterscheinung die Bevorzugung des Autos zu erklären? Unsere Politiker und Manager der Autokonzerne schieben gern die Schuld auf die Bevölkerung, die AutofahrerInnen, die das angeblich so wollen. In der Tat ist für viele das Auto ein Statussymbol, bei dem die "wahre Männlichkeit" unter der Motorhaube sitzt. Aber warum wollen so viele Menschen die Ersatz-Freiheit hinter dem Steuer? Weil während dem größten Teil ihres Lebens, während der Arbeit und teilweise auch in der Freizeit andere über sie bestimmen.

Zwischen 1850 und 1890 wurden die meisten Eisenbahnen gebaut (in Deutschland 200.000 Kilometer, 90 Prozent des heutigen Netzes). Die Eisenbahn war ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, die Zulieferindustrie schuf Arbeitsplätze. In den USA begann die Zerschlagung der Eisenbahn mit dem Boom der Ölindustrie. Aus Angst, Ölfelder in Mexiko durch Verstaatlichung zu verlieren, beuteten sie sie rasch bis zum letzten Tropfen aus. Dies führte zu einem großen Angebot von billigem Öl. Die auf Kohle angewiesene Bahn konnte im Preis nicht mehr mithalten. Es entwickelte sich eine immer mächtigere Automobilindustrie, die bis heute aufgrund des billigen Rohöls ihre Macht ausbaute und seitdem durch ihren Einfluß auf die Regierungen die Industrieländer mit Teer und Beton überziehen ließ.

In Deutschland begann der Niedergang der Bahn mit dem Faschismus und dem Zweiten Weltkrieg. Die Reichsbahn mußte die ersten Autobahnen finanzieren. Es galt das Motto "(Auto-)Mobilität statt Freiheit". Nach dem Krieg waren die Straßen besser erhalten als die Schienen, die zudem noch in ihren Hauptlinien von West nach Ost geteilt waren. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat es keinen nennenswerten Streckenausbau der Bundesbahn gegeben, stattdessen wurden viele, vor allem kleinere Strecken wegen "Unwirtschaftlichkeit" stillgelegt. Aber auch wenn keine neuen Strecken gebaut werden, müssen die alten erhalten und erneuert werden. Und im Gegensatz zum Straßenverkehr, wo das die Steuerzahler machen, mußte die Bundesbahn das selber finanzieren. Das ist die Hauptursache dafür, daß die Bundesbahn verschuldet ist.

Durch die Trennung von Arbeiten und Wohnen in der Stadtplanung wurden Fahrtwege zwischen Wohnung und Arbeitsplatz erforderlich. Diese Strecken



**Wie das Auto wurde,
was es ist**

wurden zunächst meist mit der Straßenbahn bewältigt. Doch im Zuge der "autofreundlichen Stadt" wurden durch Verlagerung der Straßenbahn unter die Erde oder Stilllegung immer mehr Platz für Autos geschaffen. Die sozial Schwachen fahren jetzt im Tunnel. Wo bleibt die menschenfreundliche Stadt?

Was müssen wir ändern?

Die Beschränkung des Autoverkehrs auf ein sinnvolles und praktisches Minimum ist langfristig die Voraussetzung zur Gestaltung einer menschen- und umweltgerechten Gesellschaft. Dort, wo keine Autostraßen und Abstellflächen die Städte dominieren, ist Platz für Wohn- und Kommunikationsräume, Parks, Begegnungsstätten und Plätze, auf denen man sich trifft und sich ohne ständige Lärm- und Abgasbelastung unterhalten kann. Kinder sollen wieder in den Städten genügend Platz zum Spielen finden, ohne in der ständigen Angst leben zu müssen, durch ihren eigenen Verkehrstod lediglich ein notwendiges Opfer für den automobilen Verkehrswahn darzustellen.

In Anbetracht der ohnehin schon knappen Rohstoffressourcen würde eine Verlagerung des Personenverkehrs vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel eine Energieeinsparung von etwa 80%, beim Gütertransport eine Verlagerung von der Straße auf die Schiene sogar fast 90% bringen. Jede Energieeinsparung bedingt auch weniger Umweltbelastung und weniger Rohstoffverbrauch.

Droht Arbeitslosigkeit?

Wenn man die der Volkswirtschaft durch den Individualverkehr entstehenden Kosten betrachtet, so kann man eigentlich nur zu dem Ergebnis kommen, die in der Automobilproduktion gebundenen Arbeitskräfte zur Herstellung nützlicher Produkte einzusetzen. Die Automobilindustrie behauptet, daß das den Verlust vieler Arbeitsplätze bedeuten würde. Tatsächlich gibt es einen riesigen gesellschaftlichen Bedarf an Arbeitskräf-

ten für die Erforschung und die Produktion neuer Verkehrssysteme, alternative Energietechniken, die Beseitigung der jetzt schon beträchtlichen Umweltschäden und die Lösung vieler anderer Probleme. Wenn das noch nicht reicht, um für alle eine sinnvolle Beschäftigung zu finden, würde es sich anbieten, die verbleibende Arbeit sinnvoll zu verteilen durch Abbau der Arbeitshetze und die Verkürzung der Arbeitszeit. Unser gegenwärtiger Zustand, bei dem sich die große Masse der Bevölkerung krankarbeitet, um Produkte herzustellen, die teilweise weder gesellschaftlich noch ökologisch verantwortbar sind, und sich zugleich Millionen Arbeitslose kranklangweilen, ist weder im Interesse der arbeitenden Bevölkerung noch der Umwelt. Das ist nur im Interesse einiger weniger Kapitalisten. Ob sie ihre Interessen auch in Zukunft werden durchsetzen können, hängt nur davon ab, ob wir es uns gefallen lassen.

Auto-Lobby

Wenn es also notwendig ist, den Widerstand der Auto-Lobby zu brechen, dann dürfen wir dabei natürlich nicht vergessen, daß die Auto-Konzerne zu den größten Konzernen der BRD gehören. 1989 waren die beiden umsatzstärksten deutschen Industrieunternehmen Daimler-Benz und VW. BMW, Opel, Ford und Audi kamen auf Platz 11 bis 38. Nur Porsche ist etwas kleiner. Dabei muß man, wenn man die wirkliche Macht dieser Kon-

zerne abschätzen will, noch die von ihnen kontrollierten Zuliefererbetriebe, die mit ihnen verbundenen Banken, die mit diesen Banken verbundenen anderen Industrieunternehmen, die direkten Beteiligungen dieser Konzerne an anderen Unternehmen etc. mitbedenken. Der Kapitalismus des 20. Jahrhunderts ist nicht durch freie Konkurrenz, sondern durch die immer engere Verflechtung und "Verwachsung" der Unternehmen untereinander, der Unternehmen und Banken, geprägt. Z.B. befinden sich Vertreter der Transportindustrie in den Aufsichtsgremien der Bahn.

Deshalb fordern wir:

Sofortige Einführung von Tempo 100 auf Autobahnen, Tempo 30 in Wohngebieten.

★ **Sofortige Abschaffung der Inlandsflüge.**

★ **Kurze Takt- und Wartezeiten beim Fernverkehr, sowie drastische Reduzierung der Fahrpreise.**

★ **Gewährleistung der Umweltverträglichkeit beim Ausbau des Schienennetzes.**

★ **Nulltarif im öffentlichen Personennahverkehr.**

★ **Schaffung eines flächendeckenden Netzes des öffentlichen Nahverkehrs**

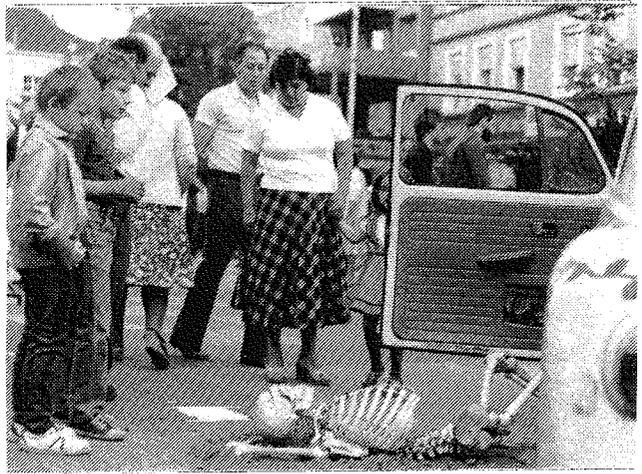
★ **Vorrang der Schiene. Wo kein Schienenverkehr möglich ist,**



Einsatz von Bussen, Sammeltaxis, Rufbussen, Ruftaxis.

- ★ Enge Koordination zwischen kommunalen Verkehrsbetrieben und Bundesbahn (die Vorortzüge, S-Bahnen etc. betreibt).
- ★ Flächendeckende Erschließung der Städte durch Straßenbahnen, ergänzt durch Busse und Sammeltaxis.
- ★ Schienenverkehr oberirdisch (der oberirdische Straßenbahnbau kostet etwa 10% des U-Bahn-Baus).
- ★ Nachtbusse in allen großen Städten im Stundentakt. Nachtarbeit ist den Beschäftigten angemessen zu vergüten.
- ★ Nachts Taxifahrt von der Haltestelle nach Hause ohne Aufpreis und zusätzlich Frauentaxis.
- ★ Problemloser Zugang aller Fahrzeuge, sowie Bahnhöfe und Haltestellen für Behinderte.
- ★ Neu- bzw. Umbau aller Einrichtungen, damit sich alle Fahrgäste, insbesondere Frauen, sicher fühlen.
- ★ Drastische Verbesserung von Bezahlung und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten.
- ★ Flächendeckendes Netz von Radwegen.

★ Verkehrsvermeidung durch gezielte Struktur- und Raumplanung (Schaffung von ausreichendem und bezahlbarem Wohnraum für die Beschäftigten in der Nähe ihrer Arbeitsplätze, Einkaufsmöglichkeiten in allen Wohngebieten).



Zu lange im Stau

- ★ Flächendeckendes Netz von Verladebahnhöfen. Keine Just-in-Time-Produktion (laufende Lieferung ans Band ohne Lagerhaltung), weil bei ihr der gesamte Warentransport über LKWs abgewickelt werden muß und die Umweltbelastung entsprechend steigt.
- ★ Enteignung der sieben deutschen Automobilkonzerne und ihre Umstellung auf eine sinnvolle umwelt- und menschenfreundliche Produktion.
- ★ Entschädigung der KleinstaktionärInnen und InhaberInnen von Belegschaftsaktien.
- ★ Arbeitsplatzgarantie für alle in dieser Branche (einschließlich der Zulieferer) Beschäftigten. Einkommensgarantie bei Umschulungen (sofern sie

keinen FacharbeiterInnenlohn übersteigen).

- ★ Demokratische Verwaltung von Bundesbahn, kommunalen Verkehrsbetrieben und der vergesellschafteten ehemaligen Automobilkonzerne durch VertreterInnen von Staat (Bund/Kommunen), Gewerkschaften, Beschäftigten. Beratende Teilnahme von Umweltschutzverbänden.
- ★ Jederzeitige Abwählbarkeit und FacharbeiterInnenlohn für alle Mitglieder der Verwaltungsgremien statt Beschäftigung ehemaliger Industriemanager zu fürstlichen Gehältern (nach Art des ehemaligen AEG- und jetzigen Bundesbahnchefs Dürr).

Krieg

Krieg gegen die Umwelt

Auch vor dem Golfkrieg hat es schon Krieg gegen die Umwelt gegeben: z.B. der Einsatz des hochgiftigen Entlaubungsmittels "agent orange" im Vietnamkrieg. Während früher die Wirkungen hauptsächlich auf den jeweiligen "Feind" beschränkt blieben, reichen sie beim Golfkrieg allerdings weit darüber hinaus.

Zum Beispiel die Ölpest. 1,5-2 Millionen Barrel (1 Barrel = 159 Liter) Rohöl gelangten in den Persisch/Arabischen Golf. 70% wurden vom Irak ins Wasser gepumpt, um die Trinkwasserentsalzungsanlagen in Saudi-Arabien zu stören und eine be-

fürchtete Landung der "Alliierten" von See her zu erschweren; 30% des Öls floß durch "alliierte" Angriffe auf irakische Tanker aus. Bis heute fließt noch Öl in geringeren Mengen (600.000 l = 3800 Barrel pro Tag) aus Lecks und wieder erloschenen Ölquellen in den Golf. Die Auswirkungen: rund 400km Strand in Saudi-Arabien und Bahrain wurden verseucht, der Golf, sowieso eines der öligsten Gewässer, wurde endgültig zur Kloake. Nachdem die leichteren Ölbestandteile verdunstet sind, sinken die schwereren ab und bilden auf dem Grund einen "Öltepichboden".

■ Ultrasmog

Vor ihrem Abzug aus Kuwait steckte die irakische Armee über 500 Ölquellen in Brand (ein Teil hatte schon davor durch US-Bombardements Feuer gefangen). Dadurch verbrannten 3 Mio. Barrel Rohöl pro Tag in Kuwait - das Doppelte der früheren Tagesförderung! Dabei entstanden nach Angaben der US-Umweltbehörde 80.000 Tonnen Ruß täglich!

Zwar gab es keine direkten weltweiten klimatischen Auswirkungen

(nur in Kuwait selbst war es 10°C kälter als normal), da der Ruß nicht in Höhe von über 2-3km gelangt und die weltweite CO₂-Produktion durch die Brände "nur" um ca. 5% gesteigert wurde.

Aber die regionalen Auswirkungen waren und sind verheerend. In Kuwait selbst und im Südirak herrschte ein permanenter Ultrasmog, verursacht durch SO₂ und andere hochgiftige und krebserregende Produkte der unkontrollierten Verbrennung des Öls. Auch die Rußteilchen selbst können krebserregend wirken. Experten sagten, daß 1 Tag Aufenthalt in Kuwait-Stadt die gleiche Wirkung hatte wie das Rauchen von 250 Zigaretten. Die Folgen dieser extremen Luftverschmutzung sind Atemwegserkrankungen, Hautallergien und Geschwüre. 150.000 Kuwaitis waren deswegen wieder ins Ausland geflohen.

■ Schwarze Regenfälle

Regelmäßig um die Mittagszeit

verfinsterte sich der Himmel, und es ging ein Regen aus Öl und Ruß nieder. Solche "Schwarzen Regenfälle" kamen auch im Iran, im Irak und in der Osttürkei vor. Durch die SO₂-Emissionen gab es sauren Regen in extremem Ausmaß. Außerdem wurden noch andere Schadstoffe freigesetzt wie Kohlenwasserstoffe und Schwermetalle, z.B. Quecksilber, Nickel und Vanadium. Quecksilber ist bekanntlich hochgiftig, Nickel wirkt krebserregend und Vanadium führt zu schwerem, kaum behandelbarem Juckreiz. Alle diese Schadstoffe sowie unverbranntes Öl vergifteten durch den Regen die Böden und das Wasser in der Region und darüber hinaus, denn auch im Himalaya kam es zu schwarzen Regenfällen.

Auch durch die Bombardierung von Giftgasfabriken und Atomanlagen kam es zu schweren Umweltverseuchungen. Schließlich wurden durch die Explosionen der zahllosen Bomben, die über dem Irak abgeworfen wurden, Schadstoffe freigesetzt (genauer ist hierüber nicht bekannt geworden).

Die Umwelt "gewöhnt" sich nicht an Kriege

Dieser Krieg hat ein gigantisches ökologisches Desaster hervorgerufen. Die Warnungen der KriegsgegnerInnen wurden bestätigt. Was nützt die "Befreiung" Kuwaits, wenn man dort kaum noch atmen kann? Durch immer mehr und immer gefährlichere Industrieanlagen, auch in der "3. Welt", wird Krieg zu einem immer größeren Risiko für die Umwelt. Die Kriegsgefahr hat mit dem Ende des Kalten Krieges drastisch zugenommen, da die USA jetzt ungehindert direkt militärisch in der "3. Welt" eingreifen können. Da immer mehr Länder der "3. Welt" über Atomwaffen verfügen, dank Atomtechnologie-Lieferungen aus den Industrieländern, ist dabei ein "begrenzter" Einsatz von Atomwaffen nicht mehr ausgeschlossen.



Die Umweltpolitik der Kohlregierun g stinkt zum Himmel

Für ein paar Tage im Sommer 1990 konnte man auf den Großflächenplakaten in einigen westdeutschen Städten ausnahmsweise nicht nur Auto- und Alkoholwerbung, sondern einen reichlich ungewohnten Spruch lesen: "Alle reden vom Klima - wir ruinieren es." Unter dieser Überschrift waren die grimmigen Gesichter der Chefs der beiden bundesdeutschen FCKW (Fluorkohlenwasserstoff)-Produzenten Hoechst-AG und Kali-Chemie abgebildet. Mit solcher Form von publicity wollten die Hoechst-Bosse jedoch nichts zu tun haben. Auf ihr Eingreifen hin mußten die Plakate wieder überklebt werden. Hinter dieser Plakat-Aktion steckte die Umweltschutzorganisation Greenpeace. Sie woll-

ten damit bekanntmachen, wer die "Hauptverantwortlichen für den bundesdeutschen Beitrag zum Ozonloch" sind. Die Zerstörung der Ozonschicht ist maßgeblich auf FCKW-Substanzen zurückzuführen, die auch zum Treibhauseffekt beitragen. Was im Mai 1990 als "Ausstieg" aus der FCKW-Produktion dargestellt wurde, ist nichts weiter als ein Umstieg auf chemisch etwas weniger gefährliche, aber langfristig und insgesamt gesehen genauso zerstörerische Ersatzstoffe.

■ Bilanz seit 1982



**Umweltschutzminister
Töpfer**

Auf den Plakaten wurde auch Umweltminister Töpfer genannt. Im Mai 1990 verkündete er das Verbot der Verwendung des Ozonkillers FCKW in der BRD bis 1995. Das heißt, Ankündigungsminister Töpfer und die Kohl-Regierung haben die Verwendung ab 1995 verboten - nicht aber die Produktion. Töpfer erklärte damals, daß ihm "die Selbstverpflichtung der Industrie" lieber ist, als ein "nationales Produktionsverbot."

Das Ganze ist nur ein Beispiel für die leeren Versprechen von Töpfer und Konsorten. Ein anderes Beispiel ist Töpfers "Verordnung über die Vermeidung von Verpackungsabfällen" vom August 1990. "Von Abfallvermeidung ist lediglich in der Überschrift die Rede. Danach geht es nur noch um Rücknahme- und Pfanderhebungsverpflichtungen. Klare Verbote fehlen dagegen völlig. Statt eindeutige gesetzliche Grundlagen zu schaffen, wird darauf vertraut, daß Industrie und Handel die wiederverwertbaren Abfälle beim Verbraucher einsammeln" (Zitat des Landesgeschäftsführers von Baden-Württemberg des Bundes für Umwelt und Naturschutz, "BUND", Erhard Schulz). Das ganze Abfallkonzept ist

Konkurrenz zwischen militärischen und sozialen oder ökologischen Investitionen und Maßnahmen

Rüstung	Kosten in US-Dollar	Soziales/Ökologie
Ausgaben der BRD für militärische Beschaffung, Forschung und Entwicklung, 1985	10 750 000 000.-	Geschätzte Kosten für die Sanierung des Deutschen Teils der Nordsee
Weltweite Rüstungsausgaben für 3 Tage	6 500 000 000.-	5-Jahresprogramm zur Rettung der tropischen Regenwälder
1 Trident-U-Boot	1 400 000 000.-	5-Jahresprogramm zur Impfung gegen tödliche Krankheiten, das 1 Million Todesfälle jährlich verhindert
Rüstungsausgaben in der EG für 10 Tage	2 000 000 000.-	jährliche Kosten für die Sanierung von Sondermülldeponien in 10 Mitgliedsländern der EG bis zum Jahr 2000
Betriebskosten eines B-1B-Bombers für eine Stunde	21000	Kosten für die ärztliche Versorgung von Müttern in 10 afrikanischen Dörfern, mit der die Müttersterblichkeit um die Hälfte gesenkt werden kann

Quelle: Worlwatch Institute, verschiedene Quellen

"Die Zuversicht an den Sinn des Technischen Fortschritts ist eine Sache des Glaubens. Wer glaubt, daß nach dem Tod alles zuende ist, kann naturgemäß das Restrisiko weniger akzeptieren als gläubige Christen."
Heiner Geißler, auf dem energiepolitischen Kongreß der CDU

also ein einziger Etikettenschwindel und gehört auf den Müll.

Das einzige, was die Kohl-Regierung (sich) in der Umweltpolitik "geleistet" hat, war die Schaffung eines Umweltministeriums (ab 1987).

Seit 1982, seit CSU/CDU/FDP an der Regierung sind, ist der Pro-Kopf-Verbrauch an Energie um acht Prozent gestiegen. Heute wird doppelt soviel Atomstrom wie 1982 erzeugt. Bahnstrecken wurden stillgelegt. Dem Autoverkehr wird der rote Teppich ausgerollt. Dadurch hat das Waldsterben weiter zugenommen: 25 Prozent der gesamten Waldfläche der BRD waren 1991 stark geschädigt (Schadstufe zwei bis vier), weitere 39% schwach geschädigt. Mascht zusammen 64%.

Im Januar 1990 wurde die Bonner Regierung sogar von der EG-Kommission (selbst nicht gerade Vorreiter in Sachen Umweltpolitik) verklagt. Denn das Trinkwasser für drei Millionen BundesbürgerInnen enthält weit mehr Nitrate, Pestizide und wei-

tere Schadstoffe, als selbst die EG-Normen zulassen.

■ Beispiel Energie

Die CSU/CDU/FDP-Regierung setzt weiter auf Atomstrom. Für die Förderung der Kernenergie wurden von 1983 bis 1990 etwa 20 Milliarden, für erneuerbare Energien nur 2 Milliarden DM ausgegeben. Der Anteil von erneuerbaren Energien am Energieverbrauch sank von 2,9% 1982 auf 2,5% 1989. Der Preis: Allein zwischen 1982 und 1984 gab es in den 17 AKWs der BRD 427 Störfälle. In 40 Fällen mußte eine Schnellabschaltung durchgeführt werden.

Atomkonzerne und Kohl-Regierung zerbrechen sich nicht den Kopf über die Entsorgung von dem ganzen radioaktiven Atom Müll. Sie haben sogar einen Versuch gestartet, die sowjetischen Schrottreaktoren in Ostdeutschland (in Stendal und Greifswald) durch zwei neue 1300 Megawatt-Reaktoren Marke Siemens/KWU zu ersetzen. Gebraucht werden sie zwar nicht, und auch Arbeitsplätze werden durch die Neubauten nicht geschaffen. Aber dafür würden sie die westdeutsche Atomindustrie aus ihrem Tief herausführen.

■ Beispiel Müll

Weil sich die Müllberge in den letzten Jahren immer höher türmten, erkannten immer mehr Politiker, daß die Deponien keine Lösung sind. Aus Angst vor der Mülllawine kam sogar Töpfer im Frühjahr 1991 auf die Idee,

mal ein "Müllvermeidungskonzept" zu beschließen. "Neues Denken, Trendwende, endgültige Abkehr von der Wegwerfgesellschaft": Kein Wort war Töpfer zu groß. Daß das Ganze auf alten Wein in neuen Schläuchen hinausläuft, wird schnell klar: Der Müll soll einfach teurer werden - und zwar für alle. Bauschutt oder Hausmüll (32 Millionen Tonnen jährlich) - jedem Abfall seine Abgabe.

Ein anderes Schlüsselwort ist das "duale Entsorgungssystem." Auch das sollen die VerbraucherInnen, nicht die Verursacher zahlen. Zuerst sollen wir zur städtischen Mülltonne weitere Tonnen bekommen, für Papier, Kunststoff, Glas oder Metall. Diese Wertstoffe müssen die Konzerne abholen, und sich um die Wiederverwertung kümmern. Die dabei anfallenden Kosten werden dann auf die Preise abgewälzt. Daran läßt z.B. der Präsident des Einzelhandelsverbandes Baden-Württemberg, Siegfried Göz, keinen Zweifel: "Umweltschutz wird es für die Verbraucher nicht zum Nulltarif geben." (Das "duale Entsorgungssystem" hat allerdings noch mehr Haken. Nachzulesen im Kapitel "Müll".)

■ Die deutsche Vereinigung - auf Kosten der Umwelt

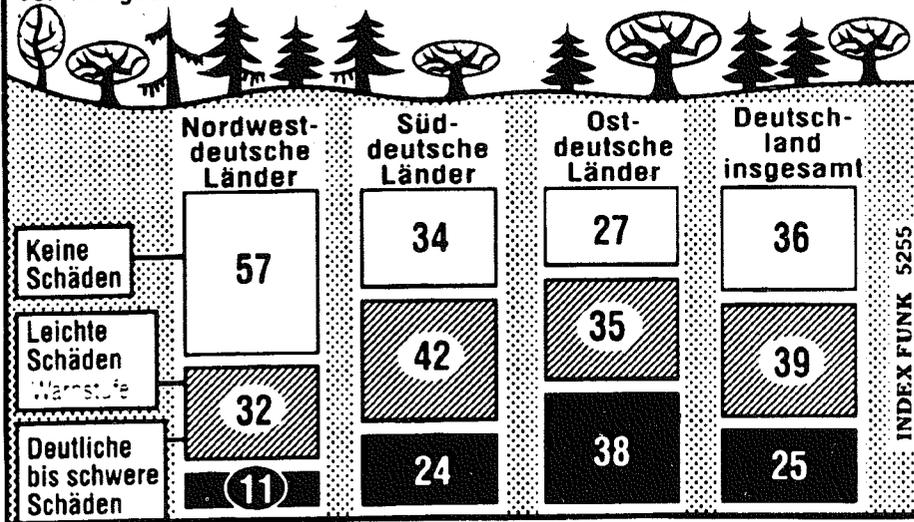
Wenn die Mülllawine ins Rollen kommt, dann soll sie erstmal auf Ostdeutschland umgelenkt werden. Der BUND rechnet damit, "daß sich die Menge an Hausmüll und Gewerbeabfällen in der bisherigen DDR pro Einwohner und Jahr verdreifachen wird." Vor dem Einzug des Kapitalismus

ging die DDR mit ihren Konsumgütern sparsamer um. 1988 kam mit durchschnittlich 180 Kilogramm nur ein Drittel dessen in die Tonne, was in der BRD in den Abfallimer kippte. Private westliche Müllhändler planen in Ostdeutschland Müllverbrennungsanlagen, die in Westdeutschland politisch kaum noch durchzukriegen



Wald-Schadensbilanz 1991

Von den gesamten Waldflächen Deutschlands wiesen folgende Schäden auf:



sind. Das gleiche gilt für die Atomlobby: Für den Bau von zwei "neuen" Atomkraftwerken im Osten haben sie Rückendeckung aus Bonn.

Der Kapitalismus hat sich in den "fünf neuen Ländern" mit einem weiteren "Rekord" vorgestellt: Allein im September 1990 gab es 7465 Verkehrsunfälle mit 309 Toten. Zwischen Januar und September 1990 kam es alle sechs Minuten zu Beulen im Blech: 54.596 Unfälle mit 1978 Toten. Im Vergleich zum Vorjahr waren das 896 Tote (Menschen!) mehr.

"Buchen sollst Du suchen." Nach dieser Bauernregel bieten Buchen Schutz vor Blitzen. Bald könnte der Satz noch ganz anders verstanden werden. Auf dem alten DDR-Gebiet gelten 66% der gesamten Waldfläche als "erkrankt". In Mecklenburg-Vorpommern weisen z.B. bereits 39,7% des Waldes "deutliche Schäden" auf (laut Waldzustandsbericht 1990). "Besorgniserregend" - besonders der Zustand der Eichen und Buchen. Anstatt die Ampel endlich auf rot zu schalten, soll der Autoverkehr in den "fünf neuen Ländern" nach gültigen BRD-Planungen bis zum Jahr 2000 sogar verdoppelt werden. Buchen sollst Du - spätestens dann - suchen.

In zehn Jahren soll die Fahrleistung in Ostdeutschland 150 Milliarden Kilometer statt bisher 36 Milliarden pro Jahr betragen. Das ist so weit, wie tausendmal zur Sonne. Freie Bahn gilt vor allem für die Lastwagen. Zuerst wurde die "Vereinigte Transport-Aktiengesellschaft" aus Ost-Berlin kaputtgemacht. Das war das größte deutsche Transportunternehmen. Dank Planung arbeitete es viel

effektiver, als alle westdeutschen Unternehmen. Die DDR-Lkws erreichten eine Auslastung von fast 80%, westdeutsche Spediteure kommen gerade an die 50% heran.

Das Vorfahrtsrecht für die Autostraßen geht auf Kosten vom Nahverkehr. So tut sich fast nichts, wenn es darum geht, das durch den Mauerbau in Berlin zerschnittene Nahverkehrssystem wieder zu einem großen Netz zu verknüpfen. Da wächst gar nichts zusammen, was zusammen gehört. Nicht einmal die S-Bahn-Verbindung zwischen Berlin und Potsdam wurde wieder hergestellt - obwohl die Schienenlücke nur 800 Meter beträgt.

Weg mit Kohl und Kapital

Für den BUND war die Umwelt "der Verlierer des Jahres 1990", dem Jahr der deutschen Vereinigung. Ihr Vorsitzender, Hubert Weinzierl, gab der "Umweltpolitik" der Kohl-Regierung die Noten "mangelhaft" und "ungenügend." Es bringt aber nicht viel, wenn wir Noten geben und zusehen, daß die Kohl-Regierung sitzenbleibt. Jeder Nachhilfeunterricht wäre verlorene Liebesmüh.

Vor allem: Im Interesse der Umwelt gehört der Kohl-Regierung die Note sechs, aber im Interesse des Kapitals machen Kohl und Konsorten ihre Sache ganz gut. Bei den Umweltauflagen drücken sie beide Augen zu. Gehen Beschäftigte mit einem Umweltskandal in ihrem Betrieb an die Öffentlichkeit, sehen sie

zu, wie diese entlassen werden. Selbst Justizminister Kinkel (FDP) gab (im April 1991) zu, daß Umweltverstöße nur 0,5% aller erfaßten Straftaten ausmachen, und vor allem die Dunkelziffer enorm ist. Auffallend war für FDP-Kinkel die hohe Zahl der eingestellten Verfahren, und die verhältnismäßig geringe Zahl von Verurteilungen.

Wenn wir dringende Umweltschutzmaßnahmen fordern, jammern uns Kohl und Kapital über die Kosten die Ohren voll: Internationaler Wettbewerb, deutsche Einheit usw. - wir kennen das zur Genüge. Wenn die Kapitalisten sich keine gesunde Umwelt leisten können, können wir uns den Kapitalismus nicht länger leisten.

Natürlich kostet der Umweltschutz Geld, aber die Umweltverschmutzung ist bald unbezahlbar: Die Umweltschäden in der BRD kosten (laut Studie des Heidelberger Umwelt- und Prognose-Institutes) rund 475 Milliarden Mark pro Jahr. Der Verkehr verursacht allein fast zwei



Drittel der Kosten. Wenn das noch einige Jahre so weiter geht, dann wird es nicht mehr so weiter gehen - dann reicht alles Geld der Welt nicht mehr. Dann sind wir nicht mehr zu retten.

Mit dieser Kohl-Regierung ist kein Blumentopf zu gewinnen - geschweige denn die Sanierung der Umwelt. Das hat sie seit 1982 zur Genüge bewiesen.

Teil II: Kapitalismus & Stalinismus

Umweltzerstörung im Kapitalismus

Teile der Umweltbewegung werfen den SozialistInnen und MarxistInnen vor, sie würden die Umweltzerstörung vernachlässigen. Diese Kritik ist sicher teilweise berechtigt. Trotzdem hat es in der Geschichte des Sozialismus immer wieder deutliche Kritik an der Zerstörung der Natur durch die "Zivilisation" und den Kapitalismus gegeben. Der Frühsozialist Charles Fourier (gestorben 1837!) schrieb: "Wir begnügen uns heutzutage nicht damit, die Wälder so zu lassen, wie sie sind - wir verstümmeln und zerstören sie vielmehr: eine Verfahrensart, die Bergstürze, Trockenheit der Abhänge, unregelmäßiges Austreten oder plötzliche Seichtigkeit der Flüsse, endlich eine wesentliche Verschlechterung des Klimas nach sich zieht."

Marx und Engels über Umweltschutz

Marx und Engels war es bekannt, daß die Menschen schon seit Jahrtausenden durch ihre Produktion die Natur verwüstet haben, weil diese Produktion die Menschen beherrschte, statt umgekehrt: "Die erste Wirkung der Kultur nützlich, schließlich verödend durch Entholzung etc. (...) Das Fazit ist, daß die Kultur - wenn naturwüchsig vorschreitend und nicht bewußt beherrscht (...) - Wüsten hinter sich zurückläßt, Persien, Mesopotamien etc., Griechenland." (Marx, 1868) Beim Arbeiter und bei der Erde "kann durch vorzeitige Überanstrengung und Erschöpfung, durch Störung des Gleichgewichts zwischen Ausgabe und Einnahme, die Zukunft realiter antizipiert" (= vorweggenommen) "und verwüstet werden. Bei beiden geschieht es in der kapitalistischen Produktion."

(Marx, 1863) Allerdings machte sich Marx nicht die Illusion, daß sich das naturwüchsige Gleichgewicht wiederherstellen ließe. Stattdessen muß ein neues Gleichgewicht des Stoffwechsels gefunden werden: "Mit dem stets wachsenden Übergewicht der städtischen Bevölkerung, die sie in großen Zentren zusammenhäuft, (...) stört (die kapitalistische Produktion) den Stoff-



wechsel zwischen Mensch und Erde (...) Aber sie zwingt zugleich durch die Zerstörung der bloß naturwüchsig entstandenen Umstände jenes Stoffwechsels, ihn systematisch als regelndes Gesetz der gesellschaftlichen Produktion und in einer der vollen menschlichen Entwicklung adäquaten Form herzustellen." (Marx, Kapital I)

Natürlich hatte Marx noch keine so detaillierte Kenntnis der Umweltzerstörung wie wir heute. Diese Zerstörung hat ja in den letzten Jahren und Jahrzehnten eine völlig neue Qualität erreicht und ist zu einer akuten Bedrohung des Überlebens der

Karl Marx klagte die kapitalistische Wirtschaft im "Kapital" (1867) unter anderem auch deshalb an, weil sie "den Stoffwechsel zwischen Mensch und Erde, d.h. die Rückkehr der vom Menschen in der Form von Nahrungs- und Kleidungsmitel vernutzten Bodenbestandteile zum Boden, also die ewige Naturbedingung dauernder Bodenfruchtbarkeit" stört. In anderen Worten, Marx kritisierte, daß kein Recycling betrieben wird.

Menschheit geworden. Aber auch wenn wir heute viel mehr über die Formen und Mechanismen der Umweltzerstörung wissen, ihre tieferen Ursachen erkannte Marx viel besser

als große Teile der heutigen Umweltbewegung.

Was sind diese Ursachen? Einige UmweltschützerInnen meinen, daß an der Umweltkrise "die Technik" schuld sei. Tatsächlich hat sich in den letzten 150-200 Jahren die Technik in einem beispiellosen und sich immer weiter beschleunigenden Tempo entwickelt. Und tatsächlich ist die Umweltzerstörung eine Begleiterscheinung dieser technischen Entwicklung. Aber warum entwickelt sich die Technik mit so schrecklichen ökologischen (und auch gesellschaftlichen) Begleiterscheinungen?

Profitwirtschaft

In den bürgerlichen Medien wird unsere kapitalistische Wirtschaft meistens als "Marktwirtschaft" bezeichnet - das Wort klingt einfach schöner als Kapitalismus. Es hat nur den Nachteil, daß es unsere gesellschaftlichen Verhältnisse eher verschleiert als beschreibt. Ein Manager des Schweizer Chemiekonzerns Hoffmann-La Roche drückte es so aus: "Meiner Meinung nach sind die Unternehmer nicht dazu geschaffen, zum Wohle der Menschheit beizutragen. Sie sind unseligerweise dazu da, um Profite zu machen." Damit hat er dankenswerterweise das wichtigste Prinzip des Kapitalismus auf den Punkt gebracht. Es wird nicht produziert, um mit den Produkten irgendwelche Bedürfnisse zu befriedigen, sondern um sie mit Profit zu verkaufen. Natürlich müssen Waren für ihre KäuferInnen einen Gebrauchswert haben, sonst würden sie sie ja nicht kaufen. Aber für den Kapitalisten, der die Ware verkauft (oder vielmehr: verkaufen läßt) ist

dieser Gebrauchswert gleichgültig, ihn interessiert nur der Tauschwert der Ware und der Profit, den er mit ihr macht. Durch dieses Profitprinzip wird auch die Anwendung der Technik bestimmt. Es gibt ja nicht nur eine Technik, sondern verschiedene mögliche Techniken. Aber im Kapitalismus wird nur die Technik angewandt, die den Profit möglichst steigert. Wenn die Technik gleichzeitig die Umwelt zerstört, interessiert das den Kapitalisten solange nicht, solange ihm diese Zerstörung keine zusätzlichen Kosten bereitet. Das ist die Ursache der gewaltigen Entwicklung der Technik seit der industriellen Revolution und all ihrer zerstörerischen Begleiterscheinungen.

Der Umstand, daß im Kapitalismus die Produktion von Gebrauchswerten nur Mittel zum Zweck ist, hat

genug verschleifen, muß wieder die Werbung her und den Leuten einreden, daß es jetzt viel neuere und bessere Nachfolgemodelle gibt und daß sie die alten gleich wegschmeißen können. Untereinander brauchen die Kapitalisten dazu nicht mal die Werbung. Wenn ein Betrieb eine neue Maschine einführt, müssen die anderen schleunigst nachziehen, um konkurrenzfähig zu bleiben, auch wenn die alten Maschinen noch ein paar Jahre hätten arbeiten können.

Umweltzerstörung in der "Dritten Welt"

Die bürgerliche Presse redet gern von der "Dritten Welt", um den Eindruck zu erwecken, es handle sich um eine Welt für sich. Tatsächlich gehört die "Dritte Welt" aber (bis auf wenige Ausnahmen) zur kapitalistischen "Welt". Sie ist Teil des Weltmarkts und das Elend dort ist eine Folge der Ausbeutung durch die entwickelten kapitalistischen Länder und ihre Unfähigkeit, der "Dritten Welt" bei einer wirklichen Entwicklung, einer Entwicklung gemäß den Bedürfnissen der Menschen und nicht der multinationalen Konzerne zu

Die sechs bei einem Anstieg des Meeresspiegels höchst gefährdeten Länder

Land	Bevölkerung	Pro-Kopf-Einkommen
	Millionen	Dollar pro Jahr
Bangladesch	114,7	160
Ägypten	54,8	710
Indonesien	184,6	450
Malediven	0,2	300
Mozambique	15,2	150
Pakistan	110,4	350

Quelle: United Nations, 1989

noch weitere Folgen: Durch einen Milliardenaufwand von Werbung werden in den Menschen alle möglichen künstlichen Bedürfnisse erzeugt, während die wirklichen Bedürfnisse nur befriedigt werden, wenn das Profit bringt. Produkte werden bewußt so hergestellt, daß sie schnell verschleifen, damit die Konsumenten schnell neue kaufen müssen. Daß das eine enorme Rohstoff- und Energievergeudung und Abfallbelastung bedeutet, läßt die Kapitalisten kalt. Wenn die Produkte trotzdem nicht schnell

helfen.

Die Wirkungen sind in allen diesen Ländern die gleichen: Monokultur, Tourismus, Weideland für die Exportproduktion, Verseuchung durch Kunstdünger und Pestizide. Eine weitere direkte Wirkung ist die "wilde" Verstädterung. Die Städte in den unterentwickelten Ländern wachsen nach UN-Schätzungen dreimal so schnell wie in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Weder die Luftreinhaltung, noch die Versorgung mit sauberem Wasser, geschwei-

ge denn die Abfallbeseitigung ist dort annähernd geregelt. In den meisten Großstädten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas wird der Müll z.B. ausschließlich auf Halde gelagert und offen verbrannt.

Für Millionen Menschen in den abhängig gehaltenen Ländern ist die ökologische Katastrophe keine Zeitbombe, keine drohende Gefahr, sondern schon Realität: Die Abholzung von Wäldern im Himalaja führt zu verheerenden Überschwemmungen in Bangladesch, das Abholzen der tropischen Regenwälder führt nicht nur zu globalen Klimaveränderungen, sondern vor Ort zu Versteppung und Verwüstung. Hungersnöte in der Sahelzone liegen nicht nur im "zufälligen" Ausbleiben von Regenfällen, sondern auch in der chronischen Überbeanspruchung der Böden.

Atomanlagen und Chemiefabriken, die schon bei uns unverantwortbare Risiken bedeuten würden, werden dort von oft unzureichend ausgebildeten Menschen bedient. Falls es zu Katastrophen kommt, gibt es noch viel weniger Möglichkeiten, den Opfern zu helfen. Dabei sind die Sicherheitsvorkehrungen oft noch viel schlechter, um Kosten zu sparen. Die Regierungen versuchen auf Kosten des Lebens und der Gesundheit der Bevölkerung auf dem Weltmarkt mithalten. Deshalb lassen sie zu, daß Stoffe und Produktionsverfahren, die in der "Ersten Welt" längst verboten sind, verwendet werden, verzichten auf Umwelttechnologien oder versuchen gelegentlich durch den Import von Giftmüll ihre Devisen aufzubessern. Der Chemieunfall im indischen Bhopal mit Tausenden von Todesopfern hat gezeigt, wie skrupellos Regierungen und multinationale Konzerne (in diesem Fall Union Carbide) Menschenleben riskieren, wenn sich ihre Kassen dabei füllen.

Eine Kehrtwende ist nicht abzusehen. Im Gegenteil. Das einzige, was sich - zum Schlechten - ständig ändert, ist die Höhe der Schuldenberge. Die internationalen Finanzinstitutionen IWF und Weltbank "helfen" lediglich, indem sie die Schuldenkrise auf Kosten von Mensch und Natur abwälzen.

Die Umweltzerstörung in der "Dritten Welt" wächst in einem solchen Tempo, daß sie zunehmend auch Auswirkungen auf uns hat. Es gibt bereits jetzt 10 Millionen "Umweltflüchtlinge". Diese Schätzung des World-Watch-Institutes geht davon aus, daß in Afrika, Asien und Lateinamerika 8 Mio. Menschen ihre Hei-

fragt es sich, ob die staatlichen Eingriffe mehr nutzen oder schaden. Die Kernenergie wäre ohne staatliche Subventionen nicht denkbar gewesen, in der EG-Landwirtschaft werden erst mit riesigen Mengen an Dünger, der zu seiner Produktion hohe Mengen an Energie braucht und die Gewässer überdüngt, viel zu viele



Asche zu Asche - Auto zu Auto

mat aufgrund von Verödung des Landes verlassen mußten. Dazu kommen zwei Millionen Vertriebene durch Katastrophen, die durch menschliches Eingreifen verursacht oder verschlimmert wurden. Allein durch die Auswirkungen der Klimakatastrophe werden weitere Millionen in den nächsten Jahren durch die ökologische Zerstörung ihrer Heimat zu Flüchtlingen. Auch die Zerstörung der Regenwälder betrifft uns. Denn sie führt eben nicht nur eine lokale, sondern eine weltweite Klimaveränderung herbei.

Grenzen des staatlichen Umweltschutzes

Es ist fast unbestritten, daß der Kapitalismus in eine ökologische Katastrophe führen muß, wenn er sich selbst überlassen bleibt. Allerdings

Nahrungsmittel erzeugt, diese dann jahrelang gelagert und schließlich teilweise wieder vernichtet.

Aber natürlich gibt es auch staatliche Maßnahmen, die wirklich der Umwelt nützen würden, wenn sie durchgeführt würden und man nicht nur über sie spräche. Aber warum werden sie nicht durchgeführt?

Dreck kennt keine Grenzen

Viele UmweltschützerInnen sagen zu recht, daß sich die ökologischen Probleme nicht im nationalen Rahmen lösen lassen. Denn erstens kennt Dreck keine Grenzen und zweitens würden, wenn in einem Land vorbildliche Umweltgesetze durchgesetzt würden, die Unternehmer in andere Länder ausweichen und dort ihren Dreck produzieren. Das stimmt, aber wir dürfen dabei zwei Fehler nicht



WAAhsinn Wackersdorf (1986)

wenn sie das so einfach könnten, dann würden sie es sowieso machen, denn sie wollen ja ihre Profite möglichst steigern.

Umweltpolitik in der Wirtschaftskrise

Wenn eine Umweltschutzmaßnahme in allen Ländern eingeführt wird, damit die Betriebe nicht wegen ihr aus einem Land abwandern, ist das ein Fortschritt, aber kein großer. Wenn ein Betrieb wegen Umweltauflagen nicht mehr profitabel produziert und er auch nicht ins Ausland ausweichen kann, dann produziert er halt gar nicht. Jede Wirtschaftskrise beweist, daß Kapitalisten lieber gar nicht produzieren, als auf Dauer Verluste zu machen. Deshalb versuchen sie in einer Wirtschaftskrise nicht nur, Löhne und Sozialabgaben zu senken, sondern auch den Umweltschutz zu verschlechtern (wie zum Beispiel 1973-75, als viele geplante Umweltschutzgesetze verwässert oder fallengelassen wurden). Deshalb werden sich die Kapitalisten auch dann mit aller Macht gegen Umweltschutzmaßnahmen wehren, wenn sie international koordiniert sind.

machen: Erstens müssen wir trotzdem dafür kämpfen, daß die BRD im Umweltschutz eine Vorreiterrolle übernimmt und Maßnahmen ergreift, die weit über das Niveau anderer Länder hinausgehen. Und zweitens dürfen wir daraus nicht folgern, daß der Kapitalismus durch internationale Kooperation eine ökologische Katastrophe verhindern könnte. Der Kapitalismus kann weder national noch international die Umwelt retten.

Was ist der Profit?

Um das zu verstehen müssen wir uns leider die Funktionsweise des kapitalistischen "Wirtschaftsmechanismus" noch etwas ansehen: Daß der Profit die Triebfeder des kapitalistischen Systems ist, geben auch manche Kapitalisten zu (siehe das Zitat oben). Auch einem großen Teil der Ökologiebewegung ist das natürlich bewußt. Aber was ist der Profit, wodurch wird seine Höhe bestimmt? Der Profit läßt sich nicht einfach steigern, indem man die Preise erhöht. Wenn die Kunden selbst wieder Kapitalisten sind, führt das nur zu einer anderen Verteilung des Profits unter ihnen. Wenn sie ArbeiterInnen sind, werden sie versuchen, die Preissteigerung durch Lohnerhöhungen auszugleichen. Wenn ihnen das gelingt, ist der Profit genauso hoch wie vorher, wenn nicht, ist es nur eine raffinierte Form der Lohnsenkung. Das

wäre in der Tat eine Steigerung des Profits, weil der Wert des Arbeitslohnes sinken würde. Der Profit ist nämlich gesamtgesellschaftlich gesehen (wenn man Steuern etc. vernachlässigt) die Differenz zwischen dem Wert des Lohns der Lohnabhängigen und den von ihnen während der Arbeit geschaffenen Werten. Anders ausgedrückt: Der Profit ist umso höher, je kleiner die Zeit zur Produktion der von den Lohnabhängigen konsumierten Waren (Lebensmittel, Möbel etc.) - und der zu dieser Produktion notwendigen Fabrikanlagen, Maschinen etc. - im Verhältnis zur Gesamtarbeitszeit ist. Deshalb wollen die Kapitalisten diese Zeit möglichst klein halten.

Aber meistens ist die Arbeitszeit, die zur Erzeugung eines Produkts erforderlich ist, umso kürzer, je weniger Rücksicht auf die Umwelt genommen wird. Rohstoffe, Boden und Energie sparsam einzusetzen, das Entstehen von Giftstoffen zu vermeiden, sie zu unschädlicheren Stoffen weiterzuarbeiten oder wenigstens möglichst sicher zu entsorgen, all das kostet (bis auf wenige Ausnahmen) zusätzliche Arbeitszeit. Wenn es anders wäre, wären die Kapitalisten die besten Umweltschützer. Umweltschutz verlängert die notwendige Arbeitszeit und verkürzt die Mehrarbeitszeit, er verringert den Profit. Deshalb wehren sich die Kapitalisten nach Kräften gegen jede Verbesserung beim Umweltschutz. Um die Verluste durch den Umweltschutz auszugleichen, müßten sie die Löhne senken. Aber

Natürlich bringt die Umweltzerstörung auch Kosten für die Kapitalisten: Wenn durch Rohstoffvergeudung leichter zugängliche Lagerstätten früher aufgebraucht sind, wenn Wasser oder Luft so verschmutzt sind, daß sie vor der Verwendung erst aufbereitet werden müssen, wenn die Arbeitsfähigkeit der Beschäftigten durch Umweltkrankheiten sinkt, dann leiden auch die Kapitalisten darunter. Aber wenn einer Maßnahmen ergreift, um das zu vermeiden, hat er die Kosten allein, während den Nutzen auch seine Konkurrenten haben. Und wenn die Maßnahmen gesetzlich vorgeschrieben werden, dann fallen die Kosten dafür jetzt an und reduzieren die Profite jetzt, während die Kosten durch die Schäden, die damit vermieden werden, erst in ein paar Jahren kämen. Und trotz allem bürgerlichem Propagandafeuer ist die Lage der Weltwirtschaft zur Zeit nicht so gut, daß den Kapitalisten Profiteinbußen für Umweltschutzmaßnahmen nichts

ausmachen würden. Aber in den nächsten Jahren wird sich die Lage (mit gewissen Schwankungen) noch weiter verschlechtern. Also wird in Zukunft der Widerstand der Kapitalisten noch weiter zunehmen. Es hilft alles nichts. Bevor die Kapitalisten mit den Umweltschutzmaßnahmen, die notwendig wären, einverstanden sind, sind wir schon vor die Hunde gegangen.

Uns wird nichts übrigbleiben, als diese Maßnahmen gegen ihren erbitterten Widerstand durchzukämpfen. Aber wer ist willens und fähig, dafür zu kämpfen?

Der Staat - "ideeller Gesamtkapitalist"

Daß die Kapitalisten kein Interesse am Umweltschutz haben, sondern im Gegenteil auf wachsende Umweltzerstörung angewiesen sind, das sieht ein großer Teil der Ökologiebewegung noch ein. Aber bei der Frage, wer dann Umweltschutz erzwingen kann und muß, fällt den meisten nichts als der Staat ein. Zweifellos ist die BRD eine Demokratie. Das ist eine

große Errungenschaft, die von der ArbeiterInnenbewegung erkämpft worden ist. Aber diese Demokratie ist eine bürgerliche Demokratie, eine sehr beschränkte Demokratie. Wir können zwar Abgeordnete in den Bundestag wählen, aber die wirkliche Macht in unserem Staat liegt nicht beim Bundestag, sondern in den Konzernzentralen. Unser Staat ist nicht fähig, ernsthaft gegen die Interessen der Kapitalisten zu handeln. Er ist nur ein Instrument der Kapitalisten, "ideeller Gesamtkapitalist" (Engels). Der Staat besteht in erster Linie nicht aus Parlamenten, sondern aus hierarchischen Organisationen (Armee, Polizei, Justiz, Verwaltungen), deren Spitzen fast völlig aus dem Bürgertum stammen oder im Laufe ihrer Ausbildung und Karriere deren Ideologie übernommen und sich ihre Interessen zu eigen gemacht haben. Falls

doch mal PolitikerInnen aus der Reihe tanzen sollten, können sie meist durch direkte Bestechung, Partei- oder notfalls auch durch Investitionsstreiks wieder auf die "rechte" Bahn gebracht werden.

Wer macht die Gesetze, wer führt sie aus?

Abgesehen davon gibt es im Bereich des Umweltschutzes noch zusätzliche Mechanismen, die dafür sorgen, daß keine Maßnahmen gegen die Interessen der Kapitalisten durchgeführt werden: Umweltbelastungen entstehen zum Großteil durch techni-

tungen (die meist auch private Forschungsaufträge erhalten und auf diese Einnahmen angewiesen sind, also auf gute Beziehungen zur Industrie bedacht sein müssen) abhängig und können kaum kontrollieren, ob diese Informationen richtig, geschweige denn vollständig sind. Wie soll zum Beispiel eine Behörde Grenzwerte für Schadstoffausstöße festlegen, wenn ihr technische Verfahren, mit denen sich Schadstoffe minimieren ließen, verschwiegen werden, um teure und unprofitable Investitionen zu vermeiden. Selbst wenn die MitarbeiterInnen der Behörde ehrlich die Umwelt schützen wollen, bleibt ihnen keine Wahl als sich an die Daten zu halten, die sie bekommen. Wenn sie auf Verdacht die Grenzwerte strenger fassen würden, würden die betroffenen Unter-

nehmen bei ihren Vorge-setzten intervenieren und sie leicht davon überzeugen, daß die Grenzwerte "völlig utopisch" sind. Auch die TechnikerInnen und IngenieurInnen der Firma können als Privatmenschen umweltbewußt sein, während der Arbeit sind sie nicht den Umweltinteressen, sondern

den Firmeninteressen verpflichtet - und wer riskiert schon eine fristlose Kündigung, wenn er oder sie danach kaum noch eine Chance auf eine ähnlich gut bezahlte Arbeit hat, vielleicht gar keine Arbeit mehr findet.

In unserem Staat wird die Verwaltung durch das Kapital kontrolliert und nicht durch die Bevölkerung. Unter diesen Bedingungen kann ein Parlament zwar Umweltgesetze verabschieden, die Verbesserungen bringen (und in gewissem Umfang ist das in den letzten zwanzig Jahren ja geschehen), aber das wird nicht reichen, um auf Dauer eine ökologische Katastrophe zu verhindern. Der kapitalistische Staatsapparat ist zu einem konsequenten Umweltschutz nicht fähig. Diese Erkenntnis ist der wichtigste Unterschied zwischen MarxistInnen und fast allen anderen Strömungen der Umweltbewegung.



Der Brunnenvergifter einst und jetzt

sche Prozesse. Um Umweltbelastungen zu messen, deren Folgen abzuschätzen, bestimmte technische Verfahren zu verbieten oder vorzuschreiben, Grenzwerte sinnvoll festzulegen, ist ein hohes Maß an technischen Kenntnissen erforderlich. Natürlich haben unsere Bundestagsabgeordneten diese Kenntnisse nicht. Deshalb enthalten Umweltgesetze oft sogenannte "unbestimmte Rechtsbegriffe", die von der Regierung durch Rechtsverordnungen ausgefüllt werden müssen oder sie sind einfach Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsverordnungen.

Auch der Sachverstand der Verwaltungen, die Rechtsverordnungen oder Verwaltungsvorschriften fabrizieren, reicht nicht aus, ebenso wenig der von Umweltbundesamt, Bundesgesundheitsamt etc. Diese Behörden sind von den Informationen aus der Industrie oder aus Forschungseinrich-

Die Altlasten des Stalinismus

In kapitalistischen Staaten bestimmt eine kleine Minderheit über das, was und wie produziert wird, die Besitzer der Produktionsmittel, die Kapitalisten. Für sie zählt, was am meisten Profit bringt. Der Profit regelt die Produktion. Nicht die Bedürfnisse der Menschen zählen, sondern ihre Kaufkraft. Gesellschaftlich ist Umweltzerstörung katastrophal, betriebswirtschaftlich rechnet sich die Ausbeutung der Natur gut.

■ Was ist Stalinismus?

In den Staaten des ehemaligen Ostblocks gab es keine Privateigentümer der Produktionsmittel mehr, dieses Eigentum war aufgehoben. Dies ist eine elementare Voraussetzung für eine demokratisch geplante Wirtschaft im Interesse von Mensch und Natur, und damit für den Sozialismus. Sozialismus existierte dort trotzdem nicht. Auch nicht "real". Auch dort entschied eine abgehobene Schicht über die Produktion: die "Nomenklatura", die Bürokratie.

Sie entschied über Produktionspläne und -ziele. Ihre Interessen entschieden darüber, was und wie produziert wurde. Und die Bürokraten wollten ihren persönlichen Luxus steigern und ihre Macht durch eine riesige Unterdrückungsmaschinerie festigen. Die Bedürfnisse der Menschen zählten auch hier nicht. Gesellschaftlich produzierter Reichtum wurde von den Kosten der Bürokratie bzw. ihrer Unterdrückungsmittel aufgefressen, Kreativität, Engagement und Eigeninitiative erdrückt. Das Interesse der Menschen am gesellschaftlichen Eigentum erlahmte, weil nur die Bürokratie wirklich darüber verfügte. Das Ziel der Planwirtschaft, die vorhandenen gesellschaftlichen Produktionsmittel gesellschaftlich zu organisieren, wurde in ihr Gegenteil verkehrt. Jegliche technische Weiterentwicklung durch den riesigen Wasserkopf des Apparats be- oder verhindert. Die Arbeitsproduktivität blieb weit hinter der der entwickelten kapitalistischen

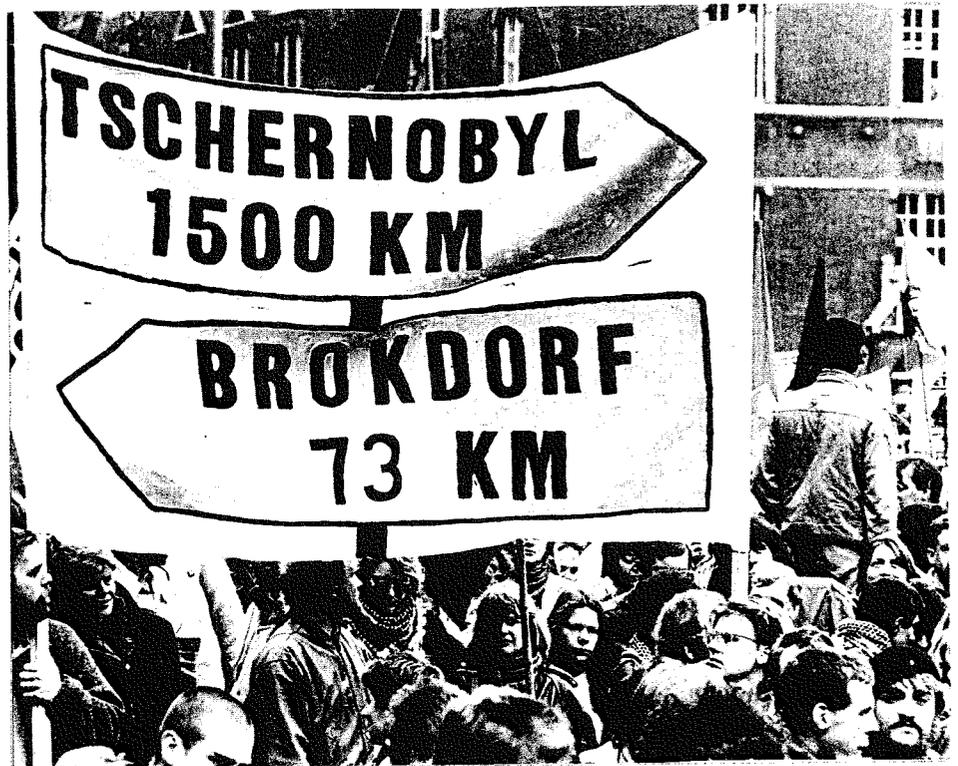
Staaten zurück. Der Bankrott dieser Staaten war die Folge. Die gigantische Umweltvernichtung ist eine der Erscheinungsformen dieses Bankrotts.

■ Zentralismus und bürokratische Planung

Den arbeitenden Menschen im Osten liegt genauso viel an der Erhaltung der Natur wie im Westen. Aber mit der Unterdrückung fast aller Bedürfnisse der Bevölkerung und der Ausschaltung jeglicher Demokratie konnten diese Interessen in der Pro-

ten, ihr eigenes Süppchen zu kochen. Und wenige Riesenprojekte lassen sich leichter kontrollieren, als viele kleinere, den besonderen örtlichen Verhältnissen angepasste Maßnahmen. Dadurch sind Schwachsinnprojekte wie zum Beispiel die geplante Umleitung der großen sibirischen Flüsse zu erklären. (Mittlerweile mußte die sowjetische Bürokratie diesen Plan wieder zurückziehen.)

Eine bürokratische und bis ins Groteske zentralisierte Planwirtschaft läßt nichts anderes zu als zentrale Großprojekte. Deshalb setzten auch die Sowjetunion und die DDR auf die Atomkraft. Atomkraft ist teurer und



duktion nicht wirksam werden. Die Menschen konnten sich nicht mal aus unabhängigen Quellen über den Zustand der Umwelt informieren, geschweige denn unabhängige Massenorganisationen für die Verwirklichung ihrer Interessen schaffen.

Die Interessen des Apparats bestimmten. Je gigantischer ein Projekt, umso mehr Macht drückte sich darin für die Bürokratie aus. Außerdem war die Spitze der Bürokratie von einem chronischen (und berechtigten) Mißtrauen gegenüber den Bürokraten vor Ort erfüllt, die versuch-

umweltgefährdender als eine dezentrale Energieversorgung. Vor allem ist Atomkraft nicht beherrschbar. Hier kamen jedoch noch schlechte oder gar keine Sicherheitsvorkehrungen und miserabel geschultes Personal dazu. Tschernobyl wirft ein Licht auf die Sicherheit dieser Reaktoren, ähnlich schlecht sah es allerdings auch in Greifswald usw. aus.

Die Herrschaft der Bürokratie hat das Interesse des einzelnen Menschen an einer vorausschauenden Politik in allen möglichen Bereichen erstickt. Es lohnte sich kaum, mit Rohstoffen

und Energie sparsam umzugehen, weil es doch keine Verbesserung der persönlichen Lebensverhältnisse zur Folge hatte. Eine gigantische Vergeudung von Materialien bei der Arbeit war häufig nicht zu vermeiden, weil die passenden Werkzeuge oder Arbeitsmaterialien gerade nicht da waren und andauernd improvisiert und

nur zu oft gefuscht werden mußte. Das bedeutete Verschwendung bei der Produktion. Und das Ergebnis der Produktion war oft von vornherein Schrott. In der DDR wurde soviel Energie verpulvert, daß ein Land wie Dänemark seine komplette Energieversorgung aus den Einsparpotentialen bestreiten könnte.

Weltmarkt und Systemkonkurrenz

Die Staaten mit dieser Form der bürokratischen Planwirtschaft waren abhängig vom Weltmarkt. Dies ergibt sich schon aus dem technischen

Wie entstanden die "stalinistischen" Staaten?

In der russischen Revolution 1917 eroberte die ArbeiterInnenklasse von Rußland die Macht. Für alle SozialistInnen ist dies zweifellos das größte Ereignis der menschlichen Geschichte. Zum ersten Mal feigten die arbeitenden Menschen zusammen mit den armen Bauern die alten Großgrundbesitzer, Kapitalisten und Ausbeuter hinweg und schufen auf der Grundlage von ArbeiterInnen-, Bauern- und

teten und Unterdrückten daran gemacht, die alte Gesellschaft zu stürzen - auch in Deutschland, Ungarn, Italien und Frankreich gab es revolutionäre Bewegungen. Aber durch die Bank wurden sie von der sozialdemokratischen Führung verraten, so daß die junge Sowjetrepublik isoliert blieb. Isoliert in einem rückständigen Land. Noch dazu verwüstet in der Folge von Weltkrieg und "Bürgerkrieg", den Armeen aus 21

somit kam es zu einer politischen Konterrevolution. Auf Grundlage der verstaatlichten und geplanten Wirtschaft war es möglich, Rußland vom Abgrund einer halbfeudalen, zaristischen Gewaltherrschaft zur zweitstärksten Industrienation der Welt emporzuheben. Am Anfang unseres Jahrhunderts hätte niemand geglaubt, daß das erste Land der Erde, das ein Raumschiff mit Astronauten in eine Erdumlaufbahn schie-



Links: das Originalfoto mit Trotzki neben dem Podium, auf dem Lenin spricht. Rechts: Trotzki wegretuschiert - stalinistische Geschichtsfälschung

Soldatenräten - Sowjets - das, was in der ersten Zeit die demokratischste Regierungsform war, die der Menschheit bekannt ist. Eine Regierung, die sich aus demokratisch gewählten VertreterInnen der abhängig Beschäftigten zusammensetzte - die jederzeit abwählbar waren und "Diäten" nur in Höhe eines durchschnittlichen ArbeiterInnenlohnes bekamen. Die einzige Partei, die verboten wurde, waren die "Schwarzen Hundert", eine Bande von faschistischen Antisemiten.

Diese junge Räterepublik war damals weltweit in aller Munde und die größte Hoffnung für die Klasse der Lohnabhängigen. Nicht nur in Rußland hatten sich die Ausgebeu-

imperialistischen Staaten anzettelten.

Anfang der 20er Jahre mangelte es an allen Ecken und Enden. Isolation, Rückständigkeit und die allgemeine Enttäuschung der Massen aufgrund dieser ausweglosen Situation führten dazu, daß sich ein Apparat von Bürokraten, mit Stalin an der Spitze, an die Macht bringen konnte. Die Bolschewiki der ersten Stunde kamen entweder in den Kriegsjahren um oder wurden bis auf wenige Ausnahmen in Gefängnisse und Arbeitslager gesteckt.

Die sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution - Staatseigentum, Planwirtschaft und Außenhandelsmonopol - blieben zwar erhalten, doch wurden der russischen Bevölkerung alle politischen Rechte genommen -

ben würde, Rußland heißt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden in Osteuropa weitere Systeme nach dem Vorbild der Sowjetunion errichtet - allerdings von Anfang an deformiert. (Auch in mehreren "3. Welt"-Ländern wurde der größte Teil der Wirtschaft in Folge von revolutionären Entwicklungen verstaatlicht. Allerdings hat sich auch dort, ob in China, Syrien, Vietnam oder anderswo, eine kleine, privilegierte Clique an die Macht gebracht.)

Je komplizierter die Produktion im Ostblock und in der UdSSR jedoch wurde, umso hemmender erwies sich der bürokratische Schraubstock. Zuletzt stagnierte die Wirtschaft dieser Staaten völlig oder ging zurück.

Stand der Produktion und der dazu nötigen Rohstoffe. Um sich von dieser Abhängigkeit zu befreien, setzte die Bürokratie auf nationale Unabhängigkeit, soweit dies nur irgendwie möglich war. Außerdem mißtrauten auch die Bürokratien der verschiedenen stalinistischen Staaten einander zutiefst und wollten voneinander möglichst unabhängig sein. Deshalb war die wirtschaftliche Verflechtung im Ostblock äußerst gering. Das hatte in der DDR die Auswirkung, daß auf die viel teurere heimische Braunkohle gesetzt wurde. Mit ökologisch katastrophalen Folgen: In der DDR wurde mehr Schwefeldioxid in die Luft geblasen als irgendwo sonst in Europa. Die Luftbelastung ist fünfmal so hoch wie in der BRD. Der Braunkohleförderung viel jährlich eine Fläche von 40 km² zum Opfer.

Dieses Streben nach Unabhängigkeit vom Weltmarkt hatte hauptsächlich zwei Gründe. Stalinismus ist seinem Wesen nach die Herrschaft einer nationalen bürokratischen Clique. (Siehe Extra-Kasten zur Entstehung dieser Staaten.) Zum andern hatten aber die kapitalistischen Staaten keinerlei Interesse an der Existenz dieses Systems. Deshalb kam es zum "kalten Krieg" in den 50er und 60er Jahren, aber auch zu einem Konkurrenzkampf zwischen den Systemen. Das zwang die stalinistischen Staaten auch, vom Weltmarkt unabhängig zu bleiben, um nicht ständig dem Systemgegner ausgeliefert zu sein.

In diesem Systemkampf setzte die Bürokratie auf möglichst rasche Steigerung der Produktion. Quantität stand lange vor Qualität. Ausschußproduktion und Vergeudung - mit ihren Umweltfolgen - wurden dabei in Kauf genommen.

■ Parasiten-Bürokratie

Im Normalfall wurde die Umwelt wohl "nur" zerstört, da es sich für die Nomenklatura besser rechnete, wenn mehr Reichtum für sie übrig blieb. So verzichteten die chemischen Werke bei Buna eben auf eine aufwendige Abfallbeseitigung: 20 Kilo Quecksilber flossen täglich in die Saale. Zum Vergleich: BASF, selbst kein Umweltengel, läßt diese Menge in knapp zehn Jahren in den Rhein. In einem Drittel der DDR-Gewässer ist nach Schätzung von Experten jegliches

Leben erloschen. Nur 3% der Seen haben noch Trinkwasserqualität. Veraltete Produktionsweisen und daraus hervorgehende veraltete Produkte leisteten einen weiteren Beitrag zur Umweltvernichtung. Bestes Beispiel: Der Trabi, Giftproduktion auf Rädern.

Bilanz z.B. der DDR: Luft, Gewässer und Böden wurden vergiftet, kostbare Naturgüter verschleudert. Die Auswirkungen auf den Menschen sind kaum zu übersehen: Krebs, Allergien, Atemwegserkrankungen sind die Folge. Einen Ausweg aus der kapitalistischen Sackgasse boten diese Systeme nicht.

■ Ist der Kapitalismus ein Fortschritt für diese Staaten?

Im Rahmen der Autarkiebestrebungen der Bürokratie in der DDR baute diese ein Rohstoffrecyclingsystem (SERO) auf. Staatlich subventioniert wurde auf diese Weise sehr viel einer erneuten Nutzung zugeführt, was sonst auf dem Müll gelandet wäre. Dies war einer der ersten Betriebe, der an die kapitalistische Realität gewöhnt wurde - er wurde dicht gemacht.

Auch wenn in Ostdeutschland einiges noch schlechter aussieht als im Westen von Deutschland, ist dies nicht der angebrachte Vergleich. Wie im Kapitel "Umweltzerstörung im Kapitalismus" aufgeführt, ist der Kapitalismus ein weltweites System. Genausowenig wie sich der Kapitalismus den Aufbau der Industrie in den "Fünf neuen Ländern" leisten kann (Folge: Arbeitslosenheer...) kann er sich den Aufbau anderer Länder sei es im ehemaligen Ostblock oder in der "3. Welt" leisten. Genausowenig wie er sich Umweltschutz in der "3. Welt" leistet, wird er in Osteuropa oder den FNL freiwillig im Interesse des Umweltschutzes auf Profite verzichten. Wegen des Drucks der ArbeiterInnenklasse kann er zur einen oder anderen Umweltschutzmaßnahme gezwungen sein. Verbesserungen in manchen Bereichen werden durch Verschlechterungen in anderen Bereichen wieder aufgehoben (z.B. die Verbesserungen durch saubere Autos durch die Zunahme des Verkehrs zunichte gemacht.

"(...) jeder Fortschritt in der kapitalistischen Agrikultur ist nicht nur ein Fortschritt in der Kunst, den Arbeiter, sondern zugleich in der Kunst, den Boden zu berauben, jeder Fortschritt in der Steigerung seiner Fruchtbarkeit, für eine gegebene Zeit zugleich ein Fortschritt im Ruin der dauernden Quellen dieser Fruchtbarkeit (...) Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter."

**Karl Marx,
"Das Kapital"
(1867)**

Teil III: Der sozialistische Ausweg

ArbeiterInnenbewegung und Ökologie

Der Mehrheit der Bevölkerung und vor allem der Jugendlichen ist bewusst, daß die Umweltsituation verheerend ist und dringend mehr getan werden müßte. Nach einer Meinungsumfrage von Infratest von Ende 1990 meinen 86% der Bevölkerung (einschließlich der Ex-DDR), der Staat müsse deutlich mehr im Umweltschutzbereich investieren. Das zeigt, was für eine Lücke besteht zwischen dem, was die Bevölkerung für nötig hält, und dem, was der Staat tut. Im Kapitel "Kapitalismus und Umweltzerstörung" haben wir versucht, zu erklären, warum das so ist: "Unser Staat" ist ein kapitalistischer Staat,

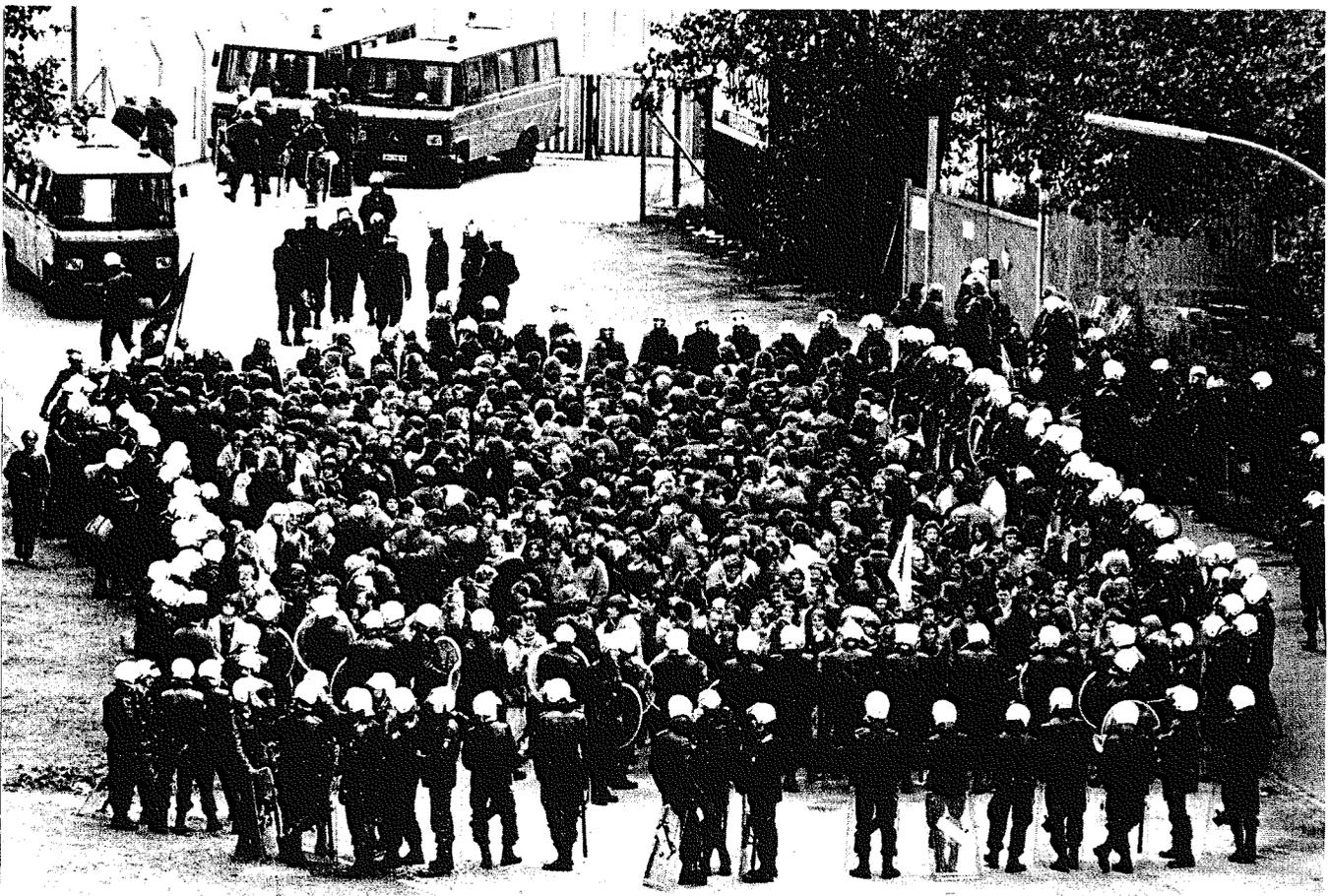
die Interessenvertretung der Kapitalisten, und konsequenter Umweltschutz ist mit den Interessen der Kapitalisten unvereinbar. Wirksamen Umweltschutz kann nur eine Massenbewegung der Bevölkerung erreichen.

Umweltfragen sind Klassenfragen

Es wird oft argumentiert, Umweltzerstörung sei eine klassenübergreifende Frage, von der alle betroffen

sind. Das ist natürlich richtig. Auch der Kapitalist kann unter verpesteter Luft und kranken Wäldern leiden. Aber die entscheidende Frage ist, wie man auf das Problem reagiert, welchen Ausweg man sucht. Und das hängt entscheidend von der Stellung in der Gesellschaft ab. Man hat umso mehr Möglichkeiten, den negativen Folgen der Umweltzerstörung auszuweichen, je mehr Geld man hat. ArbeiterInnen können es sich zum Beispiel in der Regel nicht leisten, in exotischen, noch unzerstörten Gegenden Urlaub zu machen.

Ein Kapitalist mag sich sagen, daß dieser Ausweg nur eine zeitlang funk-



Hamburger Polizeikessel: "Alle Macht geht vom Volke aus"? - Alle Macht geht auf das Volk los.

tionieren kann. Aber er kann sich dann immer noch an die Hoffnung klammern, daß in einigen Jahren die Wissenschaft irgendein Wundermittel findet, das die Umwelt wieder repariert. Es gibt tatsächlich "Umweltschützer", die behaupten, daß sich alle ökologischen Folgen der Technik durch andere Technik irgendwie beseitigen ließen. Für einen Menschen, der durch seine Interessenlage gezwungen ist, die Natur rücksichtslos zu zerstören, ist dieser Gedanke sicher sehr erbaulich - aber mit Umweltschutz hat das herzlich wenig zu tun.

ArbeiterInnen können sich natürlich auch solche Illusionen machen. Aber sie leiden heute schon am meisten unter den Folgen der Umweltzerstörung. Wer wenig verdient, muß sich auch mit Wohnungen in besonders umweltbelasteten Stadtvierteln, an stark befahrenen Straßen zufrieden geben, wo die Miete dann etwas billiger ist. Den größten Umweltbelastungen sind die Menschen am Arbeitsplatz ausgesetzt. Nach Schätzungen des DGB sterben jährlich 50.000 Beschäftigte an Gefahrstoffeinwirkungen. Sieben Millionen Menschen sind bei der Arbeit den Einflüssen von Rauch, Staub, Gasen und Dämpfen ausgesetzt. Davon sind keineswegs nur ArbeiterInnen in der Produktion betroffen. Auch in Büros und Verwaltungen gibt es massive gesundheitliche Belastungen, z.B. wenn in den Räumen giftige Lacke oder Holzschutzmittel verwendet wurden. Für diese Betroffenen ist es nicht sehr attraktiv, auf Besserung in zehn Jahren zu hoffen, wenn bis dahin alles immer schlimmer wird.

Die bisherige Umweltpolitik der ArbeiterInnenbewegung

Da die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung aus ArbeiterInnen (einschließlich Angestellten und Beamten) und deren Familienangehörigen besteht, ist eine ernsthafte gesellschaftliche Bewegung ohne einen entscheidenden Anteil der Lohnabhängigen kaum möglich. Das muß nicht heißen, daß sie sich als Lohnabhängige daran beteiligen, genauso wie die ArbeiterInnen der DDR im Herbst 1989 nicht als ArbeiterInnen sondern als "StaatsbürgerInnen" auf die Stra-

ße gegangen sind. Beschäftigte, die sich für den Umweltschutz engagieren, tun das meist in der Freizeit. Bei Streiks und in Tarifverhandlungen allgemainspielen Umweltfragen noch fast keine Rolle. Die IG Metall hat im Bezirk Nord-Württemberg den Verzicht auf die Verwendung von chlorierten Kohlenwasserstoffen durchgesetzt und will in Zukunft weitere derartige Vereinbarungen erreichen. Derartige Aktivitäten sind aber bisher noch seltene Ausnahmen in der Gewerkschaftspolitik. Sie zeigen eher, was die Gewerkschaften alles tun könnten und müßten. Die von der



"Wenn der Lämmel so weiter wächst, werde ich ihm bald gar nicht mehr in die Tasche greifen können!"

Gewerkschaftsführung betriebene Umweltpolitik hat sich bisher im Wesentlichen auf an den Staat gerichtete Forderungen und das Sammeln und Weiterleiten von Informationen (z.B. durch Seminare für ihre Mitglieder) beschränkt - und auch das wurde nicht gerade mit Feuereifer betrieben.

Die ganze Umweltpolitik der ArbeiterInnenbewegung bestand bisher fast ausschließlich darin, sich an

den Forderungen und Aktivitäten der Ökologiebewegung mehr oder weniger engagiert zu beteiligen. Das ist kein Zufall. Der Funktionärsapparat der Gewerkschaften gehört fast durch die Bank zu den besser gestellten Lohnabhängigen, zu einer Art "Oberschicht" innerhalb der ArbeiterInnenklasse. Vor allem Ungelernte, Arbeiterinnen oder ausländische Beschäftigte sind in der Umweltbewegung unterdurchschnittlich stark vertreten, obwohl sie unter Umweltzerstörung und sozialen Mißständen am meisten zu leiden haben.

Diese "Oberschicht" steht von ihrer sozialen Stellung her zwischen den Kapitalisten und den übrigen Lohnabhängigen. Sie hat damit eine ähnliche Stellung wie das alte Kleinbürgertum und eine kleinbürgerliche Denkweise: Sie sehen durchaus, daß es in unserer Gesellschaft Widersprüche und Mißstände gibt, aber sie glauben, daß man die Gegensätze irgendwie abschwächen, in Harmonie verwandeln, versöhnen kann - besonders die unversöhnlichen. Sie wollen den Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital, zwischen Umwelt und Kapital durch Kompromisse überbrücken und produzieren dadurch einen Gegensatz zwischen Arbeit und Umwelt, den sie natürlich auch gleich wieder auflösen - aber nur in ihrer Einbildung.

Die Fesseln des Profitprinzips

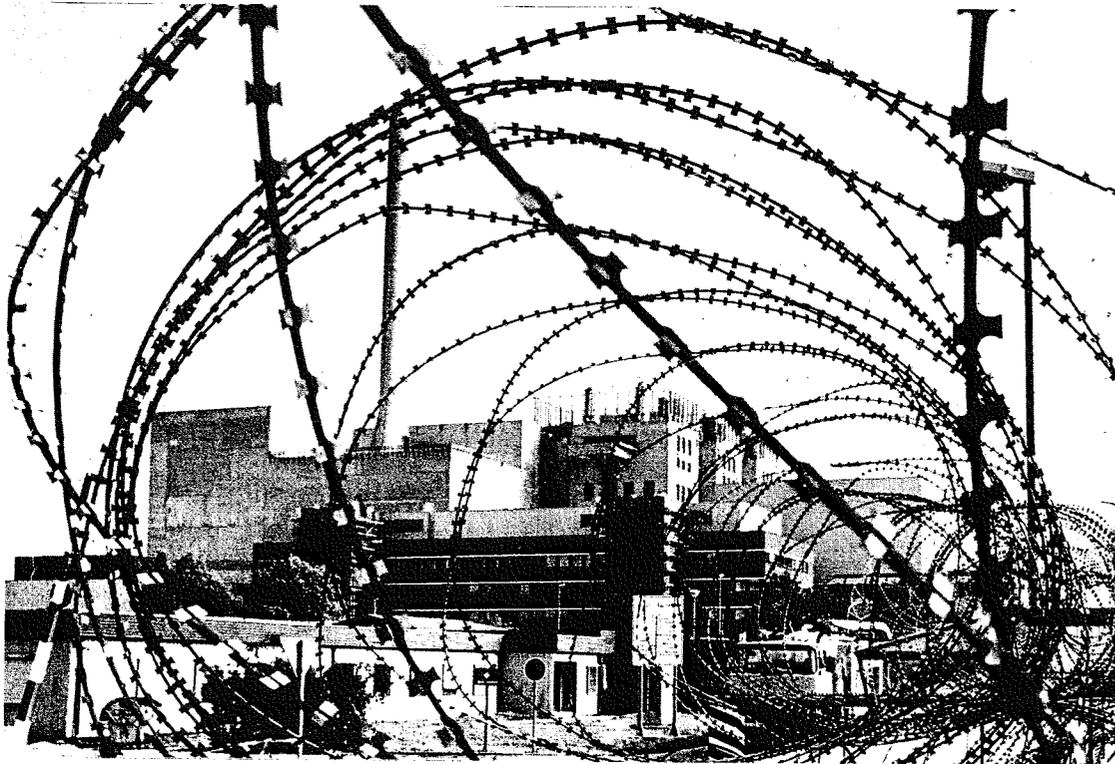
Wenn man den Kapitalismus und das Profitprinzip nicht in Frage stellt, das heißt, bei seinen Forderungen darauf achtet, daß die Unternehmen noch ausreichend Gewinn machen, dann treten notwendig Konflikte zwischen Arbeit und Umwelt auf; höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit, bessere Arbeitsbedingungen oder sozialpolitische Maßnahmen schmälern die Gewinne, Umweltschutz ebenfalls. Also kann man im Rahmen des Kapitalismus nicht beides im notwendigen Umfang tun. Es ist dann letztlich zufällig, ob man sich im Zweifel für die Interessen der Umwelt oder der Lohnabhängigen entscheidet - auf jeden Fall bildet man sich dabei ein, daß die anderen Interessen nicht zu kurz kommen. Reformistische UmweltschützerInnen denken, sie würden die Interessen der Beschäf-

tigten genügend berücksichtigen und verzweifeln über den Egoismus der Massen, die die Opfer, die sie von ihnen erwarten, nicht bringen wollen - den Unternehmern muten sie natürlich fast nichts zu wegen der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen

der rot-grünen Koalition 1986 die Chemieindustrie gedroht, in andere Bundesländer auszuwandern. Diese Drohungen waren anscheinend nicht ernst gemeint, sie sollten hauptsächlich die Bevölkerung verunsichern und gegen den Erwartungsdruck gro-

Was bringen Änderungen des individuellen Verhaltens?

Der zweite Ansatzpunkt, den die Umweltbewegung bisher in den Mittelpunkt gestellt hat, ist die Änderung des Bewußtseins und des individuellen Verhaltens. In dieser Beziehung ist in den letzten zehn, fünfzehn Jahren zweifellos viel geleistet worden. Aber trotz allem Druck, der dadurch erreicht wurde, ist es unmöglich, durch individuelles Verhalten im Kleinen die Umwelt so weit zu sanieren, daß es die Zerstörung, die gleichzeitig im Großen stattfindet, ausgleichen könnte. Durch das Auf-



Wen schützt der Staat? Uns oder den schnellen Brüter in Kalkar?

Wirtschaft. Umgekehrt denkt der Funktionsapparat der Gewerkschaften, er würde auf die Belange des Umweltschutzes angemessen Rücksicht nehmen und kann den Fanatismus der Umweltschutzbewegung nicht fassen, denen das alles zu wenig ist. Gleichzeitig führt die Rücksichtnahme der Gewerkschaften auf die Interessen der Unternehmen dazu, daß sie nicht nur beim Umweltschutz, sondern auch bei Lohnforderungen nicht hart genug sind.

Jo Leinen und Joschka Fischer

Der Grüne Joschka Fischer in Hessen und der ehemalige Vorsitzende des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Jo Leinen, im Saarland haben auch keinen so konsequenten Umweltschutz betrieben, wie das nötig gewesen wäre. In Hessen hat nach der Bildung

ber Teile der Bevölkerung, daß jetzt ernsthaft etwas für den Umweltschutz getan wird, einen Gegendruck schaffen. Mit Erfolg: die rot-grüne Regierung ist dann tatsächlich nicht ernsthaft gegen Hoechst und Co. vorgegangen. Wenn wir eine ökologische Katastrophe verhindern wollen, dürfen wir uns nicht von derartigen Drohungen der Unternehmer ins Bockshorn jagen lassen.

Diejenigen, die heute in der Umweltschutzbewegung den Ton angeben, richten ihre Forderungen in erster Linie an den Staat. Versuche durch Massenmobilisierung Druck zu machen, oder gar in den Betrieben direkt Maßnahmen durchzusetzen, sind selten - obwohl es unstrittig ist, daß der größte Teil der Umweltzerstörung entweder in der Produktion anfällt oder sich nur vermeiden läßt, wenn andere Produkte hergestellt werden. Dabei ist unser Staat so von den Kapitalisten abhängig, daß er keinen konsequenten Umweltschutz betreiben kann (siehe Kapitel "Kapitalismus und Umweltzerstörung").

sen im Wald kann man leider dem Sauren Regen kein Ende machen. Das ist zwar nötig, aber bei weitem nicht genug. Individuelles Verhalten zum Angelpunkt des Umweltschutzes zu machen, muß auf die Dauer zu Frust und Resignation führen, es sei denn, man geht zu effektiveren Methoden über. Außerdem lebt und arbeitet ein Großteil unserer Bevölkerung unter Bedingungen, die ihnen nicht genug Kraft lassen, so auf umweltgerechtes Verhalten zu achten, wie das eigentlich nötig wäre. Dazu müssen erst die Arbeits- und Lebensbedingungen so weit verbessert werden, daß alle Menschen für diese Fragen "einen Kopf haben" können.

Eine der größten Entdeckungen von SPD und Gewerkschaften der letzten Jahre war, daß der Umweltschutz Arbeitsplätze nicht vernichtet, sondern neue schafft. Die Erfahrung zeigt leider nur, daß Umweltkosmetik mehr Arbeitsplätze schafft, als sie zerstört. Mit wirklich konsequentem Umweltschutz gibt es keine Erfahrungen, weil er noch nie praktiziert wurde. Umweltschutz zerstört aller-

dings keine Arbeitsplätze, aber der Kapitalismus zerstört die Umwelt und Arbeitsplätze. Und er kann das eine nur langsamer zerstören, wenn er das andere dafür schneller zerstört. Es

übrig, als sich zu wehren und zu versuchen, mit Umweltschutzverbänden oder Anwohnern, die von diesen Maßnahmen auch betroffen sind, Kontakt aufzunehmen.

führen vor allem dazu, daß mehr und mehr Menschen Zweifel bekommen, nicht nur an dem eigenen Betrieb, nicht nur an dem einzelnen Manager, sondern am ganzen System. Zweifel an einem System, in dem es auf der einen Seite Millionen von Arbeitslosen und auf der anderen Seite gerade im Umweltbereich ungeheuer viel zu tun gibt.

VORAN: Du gehst also davon aus, daß alleine eine bewußte sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft die Lösung der ökologischen Krise ermöglicht? Und daß ...

Marx: ...und daß also die Revolution nicht nur nötig ist, weil die herrschende Klasse auf keine andere Weise gestürzt werden kann, sondern auch, weil die stürzende Klasse nur in einer Revolution dahin kommen kann, sich den ganzen Dreck vom Halse zu schaffen und zu einer neuen Begründung der Gesellschaft befähigt zu werden.

aus Voran Nr.58 "Interview mit Karl Marx und Friedrich Engels"

hilft alles nichts - mit ihrer bisherigen Politik werden UmweltschützerInnen und Gewerkschaften im nächsten Jahrzehnt weder steigende Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Reallohnsenkungen noch wachsende Umweltzerstörungen und ein Zurückschrauben des bisher erreichten Umweltschutzes verhindern.

Arbeitskämpfe und ökologische Forderungen

Die Zahl der Jugendlichen und Beschäftigten, die unter den Folgen der Umweltzerstörung leiden und anfangen, sich über die Ursachen Gedanken zu machen, ist in den letzten Jahren gewachsen. 1977 hat es noch eine Gewerkschaftsdemonstration für die Kernenergie mit 50.000 Beteiligten gegeben, seit Tschernobyl ist das undenkbar. Wenn die Kapitalisten versuchen, den Gesundheitsschutz in den Betrieben einzuschränken, um Kosten zu sparen, bleibt den Beschäftigten gar nichts anderes mehr

Welche Schlüsse werden die Beschäftigten ziehen, wenn Leute entlassen oder ganze Betriebe geschlossen werden sollen? Es gibt bereits genug Beispiele, wo die Forderungen in die Richtung gingen, die Produktion auf umweltfreundliche, gesellschaftlich sinnvolle Produkte umzustellen, statt den ganzen Laden dicht zu machen, z.B. bei MAN im Hamburg, bei der Trafo-Union in Stuttgart oder bei Lucas Aerospace in Großbritannien. Diese Versuche haben aber auch gezeigt, welchen erbitterten Widerstand die Kapitalisten dagegen setzen. So wurde der Sprecher der Lucas-KollegInnen, Mike Cooley, Knall auf Fall entlassen. Kein Wunder, wenn diese Versuche durchgeführt würden, würden sie den praktischen Beweis liefern, daß die ArbeiterInnen eine sinnvollere Organisation der Produktion zustandebringen als die Kapitalisten. Schon aus diesem Grund werden die Kapitalisten das nach Kräften hintertreiben.

Allerdings lösen solche Sabotageakte der Herrschenden keine Probleme - auch nicht für die Herrschenden selbst -, sondern vertagen sie nur, schieben sie auf die lange Bank - und

SPD und DGB instandbesetzen

Aber die einzelne Angestellte oder der einzelne Arbeiter ist machtlos. Allein sind sie dem Chef hilflos ausgeliefert. Die einzige Möglichkeit, ihre Interessen zu verteidigen und die Konzernmacht einzuschränken oder sogar zu brechen, besteht im solidarischen Zusammenschluß.

Die ganzen Erfahrungen der deutschen ArbeiterInnenbewegung haben gezeigt, daß die meisten Beschäftigten, wenn sie aktiv werden, zuallererst auf die Organisationen zurückgreifen, die ihre Klasse in der Vergangenheit - oft unter großen Opfern - aufgebaut hat: Das sind SPD und Gewerkschaften.

Auch wenn diese traditionellen Organisationen längst völlig verknöchert und angepaßt sind, stellen sie mit ihren neun Millionen Mitgliedern und deren Familien die stärkste politische Kraft dar. Wir gehen davon aus, daß wirkliche Reformen und schließlich die grundlegende Veränderung der Gesellschaft nur möglich sind, wenn sie von der Mehrheit der Mitglieder von DGB und SPD - nicht von den alten Bürokraten an der Spitze - getragen werden.

Wenn die Basis anfängt, SPD und Gewerkschaften instandzubesetzen, dann wird mit Sicherheit die Umweltfrage eine wichtige Rolle in den politischen Auseinandersetzungen spielen. Und der linke Flügel wird sich nicht mehr, wie Anfang der 80er Jahre, darauf beschränken können, radikalere Forderungen im Umweltbereich an den Staat zu richten, sondern wird auch im Tarifstreit oder in betrieblichen Konflikten für die Durchführung ökologischer Forderungen kämpfen müssen (z.B. tarifvertraglich vereinbarte Produktions- oder Verwendungsverbote für bestimmte Stoffe oder das Verbot bestimmter Produktionsverfahren).

Wie können wir die Umwelt noch retten?

Wir können uns keineswegs sicher sein, daß sich eine ökologische Katastrophe noch aufhalten läßt. Sicher ist nur, daß es umso schwieriger wird, je länger wir so weitermachen wie bisher. Aber auch wenn wir das Überleben der Menschheit sichern können, wird jetzt schon Tag für Tag die Existenzgrundlage für Millionen vernichtet.

Eine ökologische Katastrophe läßt sich nicht auf kapitalistischer Grundlage, sondern nur durch eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft auf Dauer verhindern. Eine sozialistische Demokratie läßt sich aber nur errichten, wenn die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung sich dafür einsetzt. Im Moment sind wir davon noch weit entfernt. Natürlich können wir nicht Däumchen drehen und warten bis uns der Sozialismus wie eine reife Frucht in den Schoß fällt. Der Sozialismus kommt bestimmt nicht, wie das Morgenrot nach durchschlafener Nacht.

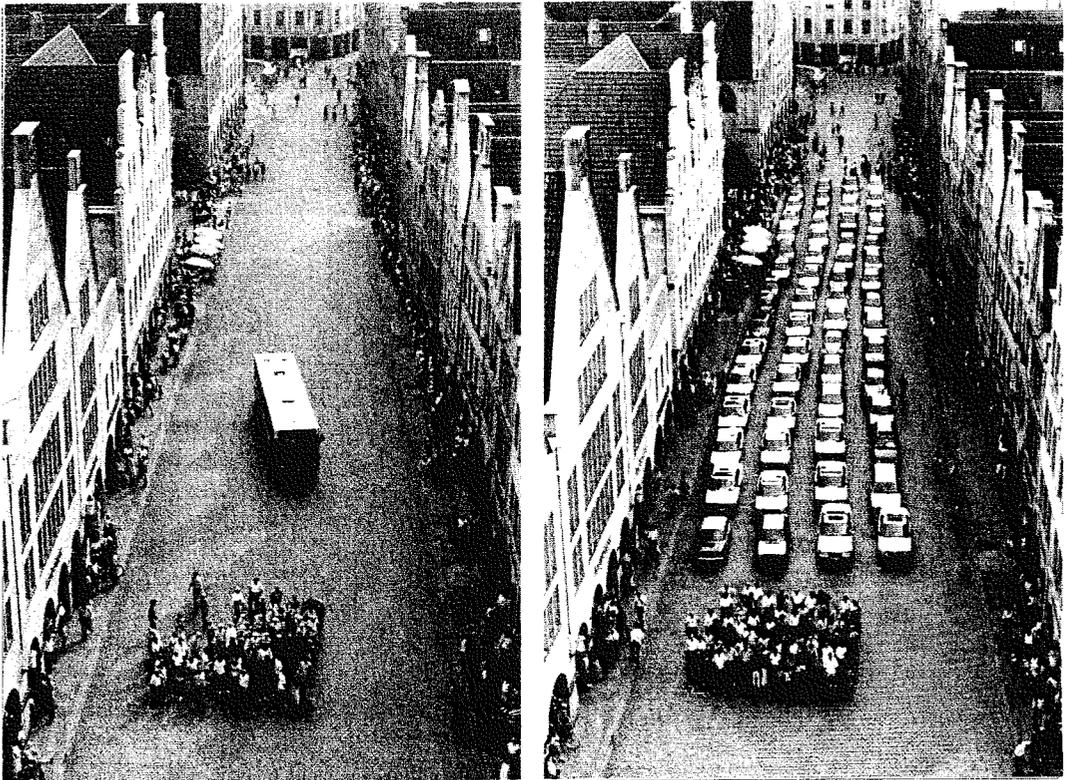
Auch wenn Reformen innerhalb des kapitalistischen Systems nicht ausreichen, können sie doch die Zerstörung der Umwelt aufhalten und auf einzelnen Feldern Verbesserungen bringen. Darum unterstützen wir alle derartigen Reformschritte und beteiligen uns am Kampf für ihre Verwirklichung. In den einzelnen Kapiteln dieser Broschüre haben wir deshalb eine ganze Reihe von konkreten Forderungen vorgeschlagen. Aber noch wichtiger als diese Maßnahmen ist die Steigerung des Umweltbewußtseins der Bevölkerung. Umweltbewußtsein nicht in dem Sinne, daß die Menschen wissen, daß die Umwelt in einem schlimmen Zustand ist und daß dringend

was getan werden müßte - das ist den meisten schon seit Jahren klar -, sondern Umweltbewußtsein in dem Sinne, daß immer mehr Menschen begreifen, daß die Unternehmer und "unser" Staat nur diejenigen Umweltschutzmaßnahmen durchführen, zu denen sie durch den massiven Druck der Bevölkerung gezwungen werden. Es ist zwar notwendig, daß die Menschen reihenweise ihr individuelles Verhalten gegenüber der Umwelt ändern. Aber noch viel wichtiger ist es, die politische Massenbewegung gegen die Umwelterstörung zu stärken (beziehungsweise erstmal wiederzubeleben).

monstrationen etc.) verwirklichen lassen. Das hatte auch Auswirkungen auf die Umweltbewegung.

Rezession und Umwelterstörung

Die kapitalistische Weltwirtschaft steht am Anfang der 90er Jahre schlechter da, als zu Anfang der weltweiten Rezession 1980: Schuldenberge so hoch wie der Mount Everest, spekulativ überhöhte Aktien- und Immobilienpreise in den füh-



Bus und Bahn statt Autowahn

Der Wirtschaftsaufschwung der letzten Jahre hat es Teilen der Bevölkerung ermöglicht, ihren Lebensstandard durch persönliche Anstrengungen zu verbessern. Dadurch ist in den letzten Jahren die Einsicht zurückgegangen, daß sich wirkliche Verbesserungen nur durch den gemeinsamen Kampf der Betroffenen (Streiks, De-

renden Industriestaaten und astronomisch hohe Schulden in der sogenannten Dritten Welt.

Die kapitalistische Wirtschaft muß immer wieder Auf- und Abschwünge durchmachen, ungefähr so, wie der Mensch immer wieder ein- und ausatmen muß. Oder wie Marx und Engels im "Kommunistischen Manifest"

erklären, die Kapitalisten überwinden Krisen, in dem sie neue vorbereiten. Noch präziser: Sie überwinden Krisen, indem sie "allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereiten und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindern."

Welche Auswirkungen wird die nächste Rezession, die nächste wirtschaftliche Krise auf das Bewußtsein der Bevölkerungsmehrheit haben?

Kurzfristig kann das zu einem Nachlassen des Interesses an der Umweltfrage führen. Die Haltung, für seine Probleme individuelle Lösungen zu suchen, verschwindet nicht auf einen Schlag, sobald ihre Ursachen verschwinden. Die neuen Erfahrungen werden erst nach und nach zu einem Umdenken führen. Deshalb können die wiederauftretenden materiellen Sorgen eine Zeitlang die Sorgen um die Umwelt in den Hintergrund schieben, so wie wir das zur Zeit in der Ex-DDR erleben.

Das gilt aber nicht für die gesamte Bevölkerung. Viele Jugendliche beispielsweise werden sich weiterhin für den Umweltschutz engagieren oder neu in die Umweltbewegung reingehen, insbesondere wenn neue ökologische Katastrophen die Dringlichkeit der Umweltprobleme bestätigen. Größere Umweltkatastrophen können jederzeit zu einer Massenbewegung für den Umweltschutz in bisher noch nicht gekanntem Umfang führen.

Eins ist jedenfalls sicher: Eine Rezession wird die Bereitschaft des Staates und der Konzerne zu Umweltschutzmaßnahmen gegen Null sinken lassen. Um Kosten zu sparen und wieder Profite zu machen werden die Konzerne massiven Druck auf die Regierung ausüben, um geplante Umweltschutzmaßnahmen zu verwässern und zu verschieben oder bereits eingeführte Regelungen zu entschärfen. Das zeigt die Erfahrung der Rezessionen von 1973-75 und von 1980-82, das zeigt auch die Erfahrung mit den in anderen Ländern schon eingetretenen Wirtschaftskrisen. Zum Beispiel wurde in Schweden als Reaktion auf die Krise der Ausstieg aus der Kernenergie auf die lange Bank geschoben. In den nächsten Jahren wird nicht nur die normale

Umweltzerstörung fortschreiten, die wirtschaftliche Entwicklung wird zu massiven Versuchen der Kapitalisten führen, ihre Profite auf Kosten der Umwelt zu steigern. UmweltschützerInnen sagen heute manchmal, daß die Umweltzerstörung eine Folge des Wirtschaftswachstums sei. Die nächsten Jahre werden erneut den Beweis bringen, daß im Kapitalismus auch bei stagnierender oder schrumpfender Wirtschaft die Umweltzerstörung wächst.

Auch wenn es nach der nächsten Krise noch (schwächliche) Aufschwünge geben wird, ist es sehr wahrscheinlich, daß das Wachstum in den Neunziger Jahren so gering ausfällt wie nie seit dem Zweiten Weltkrieg. Selbst wenn es nicht zu größeren gewerkschaftlichen und politischen Aktivitäten kommt, anders als in der unmittelbaren Nachkriegszeit ist kein Aufschwung in Sicht, der die Gegensätze zubuttert. Die Krise ist keine schwierige Übergangsphase, sondern wird immer mehr zum Dauerzustand werden.

Wir sollten uns darauf einstellen, daß die Bonzen aus Furcht vor Klassenkämpfen den Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital abschwächen wollen. Das kann nur um den Preis Erfolg haben, daß an allen Ecken und Enden andere Widersprüche aufreißen oder sich vertiefen: Die erhöhte Ausbeutung der "Dritten Welt", verschärfte Unterdrückung von Frauen, von Jugendlichen und von AusländerInnen bei uns, Kürzungsversuche im Bildungs-, im Gesundheits-, im Sozialwesen. Und eben auch massive Verschlechterungen im Umweltschutz.



■ Teile und herrsche

Angriffe der Kapitalisten und ihrer Regierung in den verschiedensten Bereichen geben ihnen die Möglichkeit, die Opfer ihrer Angriffe gegeneinander auszuspielen und aufzuheizen. Sie werden versuchen, uns in ArbeiterInnen, Umweltbewegung, Frauen, AusländerInnen, Jugendliche, MieterInnen, VerbraucherInnen, SteuerzahlerInnen, Arbeitslose usw. aufzuspalten, um die große Mehrheit

Die Arbeit ist nicht die Quelle alles Reichtums. Die Natur ist ebensosehr die Quelle der Gebrauchswerte (und aus solchen besteht ja wohl der sachliche Reichtum!) als die Arbeit, die selbst nur die Äußerung einer Naturkraft ist, der menschlichen Arbeitskraft."

**Karl Marx,
"Kritik des Gothaer Programms"
(1875)**

der Bevölkerung in viele Minderheiten aufzusplittern.

Die alte Leier: Man kann Geld nicht zweimal ausgeben, wenn wir dieses machen, können wir das nicht mehr machen. Mit anderen Worten: Wir sollen wählen, ob wir uns lieber die Hand oder den Fuß abhacken lassen, ob wir uns lieber Löhne oder Bafög kürzen oder die Umwelt zerstören lassen. Das ist ja auch ganz logisch. Mit dem Einverständnis der Konzerne ist wirklich nicht mehr zu erreichen. Deshalb könnte diese Logik auch großen Teilen der Bevölkerung erstmal einleuchten. Denn wer bei uns die Macht hat, das wissen viele Menschen in der BRD sehr gut. Wenn man wenig Vertrauen in die eigene Stärke hat, geht man lieber den Weg des geringsten Widerstandes.

So versuchen auch Teile der Ökologiebewegung, die Mehrheit der Bevölkerung zu Opfern zu überreden oder zu zwingen. Sie verlangen höhere Energiesteuern, obwohl die mei-

sten Menschen wenig Chancen zum Energiesparen haben, sie fordern eine Beschränkung des Autoverkehrs ohne attraktive öffentliche Verkehrsmittel und ökologisch sinnvolle Ersatzarbeitsplätze für die Beschäftigten der Autoindustrie als Ausgleich. Auf diese Weise bringt man nur Teile derjenigen, die selbst ein vitales Interesse am Umweltschutz haben, gegen ihre eigenen Interessen auf. Selbst wenn man kleinere Maßnahmen durchsetzt, wiegt die Verwirrung, die man zugleich im Bewußtsein der Bevölkerung anrichtet, schwerer.

Sozialistische Umwälzung

Radikale Umweltprobleme (ebenso wie andere gesellschaftliche Probleme) verlangen nach radikalen Maßnahmen. Bei allen praktischen Versuchen, radikale Forderungen durchzusetzen, stoßen wir schnell an die Grenzen der bürgerlichen Gesellschaft. Ein Teil der AktivistInnen in der Ökologiebewegung wird darüber erschrecken und die radikalen Forderungen als utopisch wieder fallen lassen.

Aber gleichzeitig wird der Zustand der Umwelt die Notwendigkeit dieser Forderungen immer deutlicher machen, mehr als viele schöne Worte und Tausend Argumente. Es führt kein Weg dran vorbei: Zur Rettung der Umwelt sind wir gezwungen, den Rahmen des kapitalistischen Systems zu sprengen. Das heißt auch, daß die Umweltzerstörung ein Bestandteil des Kapitalismus ist, und daß der Kampf dagegen nur ein Teil des Kampfes für eine vollständige Umwälzung unserer Gesellschaftsordnung und unseres Staatsapparats sein kann.

Wir gehen davon aus, daß eine solche sozialistische Veränderung der Gesellschaft nur durch die ArbeiterInnenklasse durchgeführt werden kann. Erstens kann nur sie die Durch-

setzung dieser Umgestaltung erzwingen, weil sie zahlenmäßig den größten Teil der Bevölkerung ausmacht und vor allem durch ihre Rolle im Produktionsprozeß ein noch größeres gesellschaftliches Gewicht hat, als es dem Bevölkerungsanteil entspricht. Zweitens kann nur sie eben durch diese Stellung in der gesellschaftlichen Produktion und die Zusammenarbeit der LohnarbeiterInnen im Produktionsprozeß das Bewußtsein und die Organisiertheit im Handeln entwickeln, ohne dem eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft nicht möglich ist.

ArbeiterInnenkontrolle



Die Kapitalisten wären schön blöd, wenn sie nicht durch Schule, Medien, den Staat, die Organisation von Arbeit und Freizeit die ArbeiterInnen zu Rädern im kapitalistischen Getriebe erziehen würden, die das Getriebe nicht in Frage stellen. Aber diese "Erziehung" war in den letzten Jahren nur so erfolgreich, weil der Wirtschaftsaufschwung der 80er Jahre scheinbar bewiesen hat, daß der Kapitalismus den ArbeiterInnen eine beständige Steigerung des Lebensstandards ermöglicht.

Natürlich können die ArbeiterInnen schlecht auf einen Schlag alle Kapitalisten und Bürokraten davonjagen und ersetzen. Die ganze Geschichte, die eine Geschichte von Klassenkämpfen ist, lehrt auch, daß die Macht der Herrschenden, wenn sie sich historisch überlebt hat, zunächst nur in Einzelfragen, in bestimmten Teilaspekten und erst nach

und nach insgesamt in Frage gestellt wird. Die Beherrschten fangen erst mal an, den Herrschenden auf die Finger zu sehen. Die ArbeiterInnen in den Betrieben fordern von ihren Chefs die Offenlegung aller Daten über Lieferverträge, über die wirklichen Produktionskosten und das Zustandekommen der Preise, aber auch über die gesundheitliche und Umweltbelastung durch das Unternehmen. Die Bevölkerung fordert von den Behörden Auskunft über ihre Maßnahmen, warum diese Betriebsgenehmigung erteilt wurde, wieviel jener Betrieb an Dreck in die Umwelt schleudert etc. Das ist der Kern der ArbeiterInnenkontrolle.

Aber sie begnügt sich natürlich nicht damit, Auskunft zu erzwingen und das "Geschäftsgeheimnis" aufzuheben. Die ArbeiterInnen werden natürlich versuchen, die Mißstände, die sie erfahren, zu beseitigen. ArbeiterInnenkontrolle ist im Grunde die traditionelle deutsche Mitbestimmung, nur daß sie von der Illusion der Sozialpartnerschaft befreit ist und bewußt als Instrument im Klassenkampf eingesetzt wird. In welchem Umfang dabei die gegenwärtigen Mitbestimmungsinstitutionen durch neue ergänzt oder ersetzt werden, muß die Praxis zeigen. Auf jeden Fall muß die ArbeiterInnenkontrolle von der ganzen Belegschaft eines Betriebes und nicht von einzelnen Betriebsräten durchgeführt werden.

ArbeiterInnenverwaltung

Gerade die Umweltfrage zeigt, daß eine ArbeiterInnenkontrolle im einzelnen Betrieb nicht genügt. Das brächte die große Gefahr des "Betriebsegoismus". Belegschaften könnten beispielsweise versuchen, sich das Leben zu erleichtern, in dem sie ihre Abgase über hohe Schornsteine so weit weg befördern, daß sie ihnen nichts mehr ausmachen. Vor allem müssen aber die Produktionsbeziehungen zwischen den Betrieben fortbestehen und das können nicht einfach die alten Marktbeziehungen

sein. Die Koordination zwischen den Betrieben kann natürlich nicht vom gegenwärtigen Staatsapparat geleistet werden. Er kann von seiner ganzen Struktur her nur den Kapitalisten dienen (siehe Kapitel "Umweltzerstörung im Kapitalismus"). Es ist eine gründliche Demokratisierung, die Beseitigung der abgehobenen Bürokratie und die Kontrolle der arbeitenden Bevölkerung und der einfachen Beschäftigten im Staatsdienst über den Staatsapparat notwendig. Dazu dient die Wählbarkeit und jederzeitige Absetzbarkeit der BeamtInnen durch das Volk, FacharbeiterInnenlohn für alle BeamtInnen, Beteiligung der gesamten Bevölkerung an

der Staatstätigkeit, Ersetzung von Polizei und stehendem Heer durch allgemeine Volksbewaffnung.

Demokratische Planwirtschaft

Durch den Bankrott des Stalinismus ist die Planwirtschaft wohl noch mehr als andere marxistische Ideen in Verruf geraten. Die stalinistische Planwirtschaft war in der Tat auch für die Umwelt verheerend. Aber das lag nicht an der Planwirtschaft, sondern an ihrer bürokratischen Verstümmelung

(siehe Kapitel "Die Altlasten des Stalinismus"). Eine demokratische Planwirtschaft ist auch gerade aus ökologischen Gründen erforderlich. Ein Beispiel: Einer der größten Umweltverschmutzer ist der Verkehr, auch der Warentransport. Um die Umweltbelastung durch diesen Transport einzuschränken, muß er so weit wie möglich von der Straße auf die Schiene verlagert werden. Daß die Bundesbahn ohne einen Fahr-Plan nicht auskommt, wird wohl der größte Marktfetischist nicht bestreiten. Aber wenn nur ausnahmsweise Güter auf der Straße transportiert werden sollen, muß es ein Gremium geben, das über diese Ausnahmen entscheidet.

Außerdem muß festgestellt werden, ob der Transport überhaupt notwendig ist. Dabei kann er natürlich nicht pauschal verboten werden. Weder die gesellschaftliche Arbeitsteilung in einem Land noch die internationale Arbeitsteilung lassen sich rückgängig machen. Außerdem kann der Transport von Gütern ökologisch durchaus sinnvoll sein. Es ist wohl unbestreitbar, daß die Verfeuerung von DDR-Braunkohle in der DDR ökologisch viel schlimmer war, als es der Import von ökologisch nicht ganz so verheerenden Energieträgern gewesen wäre.

Dabei ist es klar, daß nicht der Transport innerhalb einer Stadt in einem nationalen Plan festgelegt werden kann. Nationale Pläne können überhaupt nur ein Rahmen für die regionalen und betrieblichen Pläne sein. In den stalinistischen Staaten war die Sucht der zentralen Planbehörde, alles bis ins Kleinste festzulegen, Ausdruck des Mißtrauens der zentralen Bürokratie gegenüber der Bürokratie vor Ort und den ArbeiterInnen. In einer demokratischen Planwirtschaft braucht die Zentrale den einzelnen Betrieben nicht zu mißtrauen, weil die Durchführung des Plans im Interesse aller ist. *"Mit demokratischem und sozialistischem Zentralismus haben weder die Schablone noch das Festlegen eines Schemas von oben her irgend etwas gemein. Die Einheit im Grundlegenden, im Wichtigsten, im Wesentlichen wird nicht gestört, sondern gesichert durch die Mannigfaltigkeit der Einzelheiten, der lokalen Besonderheiten..."* (Lenin).



Mehr als nur eine linke Zeitung....

VORAN wird von aktiven SPD-Mitgliedern, JungsozialistInnen und GewerkschafterInnen getragen, finanziert und verbreitet, die den Marxismus als lebendige Anleitung zum Handeln verstehen. Sie ist politisch und finanziell unabhängig von reichen Einzelpersonen, Unternehmern oder der SPD- und Gewerkschaftsführung. Abhängig ist sie dagegen von ihren LeserInnen, UnterstützerInnen und Abonnenten.

Zeitgemäß und realistisch sind heute angeblich Lobgesänge auf die "freie Marktwirtschaft", da sind sich Busch, Kohl, Lafontaine und Jelzin einig. VORAN dagegen ist die Plattform für alle SozialistInnen, die nach wie vor für die Enteignung der großen Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle und den Aufbau einer demokratischen Planwirtschaft eintreten.

Seit dem ersten Erscheinen im Jahre 1973 nimmt VORAN einen klaren Klassenstandpunkt ein - gegen das kapitalistische Mißwirtschaftssystem und imperialistische Ausbeutung der "3. Welt". Zu keinem Zeitpunkt hat VORAN die bürokratische Unterdrückung in den Ostblockstaaten verteidigt.

Der Weg zur sozialistischen Demokratie führt über die sozialistische Instandbesetzung der Arbeiterorganisationen und den Aufbau eines starken marxistischen Flügels bei den Jusos, in der SPD und den Gewerkschaften. Dabei kannst auch Du mithelfen, indem Du VORAN abonnierst, durch Spenden unterstützt und die Zeitung weiterverbreitest.



Das gibt es jeden Monat auf 12 Seiten

- ★ Aktuelle Berichte zu Angriffen von Kohl und Kapital und Gegenwehr
- ★ Kritische Auseinandersetzung mit der Politik von SPD, Jusos und Gewerkschaften
- ★ Internationales Berichte
- ★ Theorie und Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung
- ★ Berichte aus Betrieben
- ★ Aktionsbeispiele von aktiven Jusos und VORAN-Unterstützern

Bitte einschicken an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Tel. 0221/134504
Überweisungen auf: Postgiroamt Essen, Bankleitzahl 36010043, Kto.-Nr. 250059-430



Ja, ich möchte

VORAN abonnieren

- 6 Ausgaben zu 9,60 DM
 Förderabo zu 20 DM (6 Ausgaben)

VORAN unterstützen

- und bitte um weitere Infos
 und will VORAN weiterverkaufen und bestelle ___ Exemplare (in Kommission Bezahlung erfolgt nach Verkauf).

Name, Anschrift, Telefon